

Doc. 4041 Evid.

Folder 5

(95)

Telegramm (geh.Ch.V.)

Jhr.

Peping, den 20. Juli 1938 20 Uhr 58

Ankunft: 20. " " 19 " 15

ohne Nr.

Streng vertraulich ! Tientsin drahtet Nr.10 vom 16/7.

Vielfache bisherige Verhandlungen ^{einzelner} hiesiger deutscher Firmen über Einfuhr- wie Ausfuhrgeschäfte mit Behörden in Kalgan sind trotz deren ausgesprochener Bereitwilligkeit, nur mit deutschen Firmen zu arbeiten, an verständnisloser Haltung der Japaner gescheitert, ebenso aber auch Bemühungen japanischer Monopolfirmen zwecks Absatzes der betreffenden Rohprodukte auf Weltmarkt, da sie weder Erfahrungen noch Verbindungen besitzen.

In Erkenntnis, dass auch mit allen offiziellen Protesten frühere freie Wirtschaft auf vielen Gebieten in japanischem besetzten Nordchina nicht wiederherzustellen und dass jetzt geeigneter Moment gekommen, haben zunächst sämtliche hiesige deutsche Exportfirmen beschlossen, den Behörden in Kalgan durch eine Kommission als geschlossene

Interessengemeinschaft gegenüberzutreten und ihnen ihre Mitarbeit sowohl zwecks Aufkaufs wie Herrichtung und Ausfuhr aller sie interessierenden für Weltmarkt in Frage kommenden Produkte anzubieten; von Japan selbst benötigte Produkte sollen japanischen Firmen überlassen werden. Deutsche Firmen haben sich verpflichtet, bis auf weiteres in Frage stehende Produkte weder direkt noch indirekt von Kalgan-Behörde oder ihrer Monopolgesellschaft zu kaufen.

Deutsche

zuerst gestellt in 5 St.
Davon sind eingegangen:
Nr. 1 an W. (Ach. St.)
" 2 " St. S.
" 3 " Min. Dir. Pers.
" 4 " " " W.
" 5 " St. V. W.

Dies ist Nr. 2

135855

Deutsche Firmen, die bisher grössten Teil der betreffenden Waren gehandelt haben, besitzen im Gegensatz zu japanischen Behörden und Firmen zum Teil auch grosse Kenntnis und langjährige Erfahrung im Aufkauf sowie im Umgang mit Produzenten und Händlern. Interessengemeinschaft glaubt daher, Japanern erheblich grössere Ablieferungen Landesprodukten sowie bestmögliche Verwertung garantieren zu können. Erzielte Devisen sollen, soweit erforderlich, in erster Linie für Einkauf benötigter deutscher Fabrikate durch analog zu bildende Interessengemeinschaft hiesiger deutscher Importeure verwendet werden.

Zusammenschluss soll verhindern, dass Japaner deutsche Firmen gegeneinander ausspielen und sie schliesslich zu Handlangern japanischer Monopolgesellschaft herabdrücken oder gänzlich ausschalten.

Haben beabsichtige Verhandlungen, für welche prinzipielle Einzelheiten hier noch festzulegen, Erfolg, soll Interessengemeinschaft juristische Form wahrscheinlich Aktiengesellschaft erhalten. Hiesige Firmen arbeiten dann als Agenten der Interessengemeinschaft, welche alsdann möglichst auf andere Provinzen, eventuell unter Beschränkung auf bestimmte Artikel ausgedehnt werden soll.

Zu entsendende Kommission soll von Generalkonsulat entsprechende Bescheinigung als Einführung mitbekommen, während direkte diesseitige amtliche Unterstützung im Einverständnis mit Handelskammer und Interessengemeinschaft der entsprechenden (...Gr.verst.) überlassen bleiben soll.

Annehme, dass hiesiges Vorgehen dortigen allgemeinen Plänen nicht widerspricht. --Handelskammer bittet im Interesse nötiger Vertraulichkeit Ostasiatischen Verein von dort aus umgehend zu unterrichten: Stoller

135856

1) Am 2. Mai haben Japan und England sich darüber verständigt, daß aus den Seezolleinkünften in den von japanischen Truppen besetzten Häfen ein bestimmter Teil zur Bezahlung der ausländischen Anleihen verwendet werden soll; darunter befinden sich auch die Tientsin-Pukow und die Hukuang Anleihe, für welche die Seezolleinnahmen subsidiär haften.

Am 5. Mai d.J. hat die Deutsche Botschaft in Tokio bei der Kaiserl. Japanischen Regierung den Antrag gestellt, daß die deutsche Tranche der Tientsin-Pukow und der Hukuang Anleihe sowie der Tientsin-Pukow Vorschuß, für den = 678 000 der Tientsin-Pukow Anleihe von 1910 verpfändet sind, die gleiche Behandlung erfahren solle.

Die Antwort der Kaiserl. Regierung steht immer noch aus.

2) Obwohl die Gebiete entlang der Peking-Suiyuan Bahn und das Gebiet zwischen Shanghai, Hangchow und Nanking bereits soweit beruhigt sind, daß sie von japanischen Zivilisten frei aufgesucht werden können, wird den deutschen Reichsangehörigen der Zugang zu diesen Gebieten immer noch verwehrt. Die Deutsche Regierung wünscht, daß die Kaiserl. Regierung diese Gebiete nunmehr auch für die deutschen Reichsangehörigen freigibt.

3) Bei der Besetzung Chinas durch japanische Truppen sind eine Reihe von Anlagen (z.B. in Taiyüanfu) von den japanischen Militärbehörden übernommen worden, die erst teilweise bezahlt waren und für die nicht unerhebliche Warenmengen unterwegs oder in Nothäfen eingelagert waren.

Die Deutsche Regierung ist der Ansicht, daß die Übernahme

der

135859

der Aktiven dieser Betriebe die rechtliche Verpflichtung in sich schließt, auch die Passiva zu übernehmen. Sie erwartet daher, daß die japanischen Militärbehörden oder die japanischen Großkonzerne, die diese Betriebe übernommen haben, die unterwegs befindlichen oder in Nothäfen eingelagerten Waren abnehmen und die Schulden, die diese Betriebe gegenüber den deutschen Lieferfirmen haben, übernehmen.

- 4) Das Generalkonsulat in Shanghai verhandelt seit geraumer Zeit mit dem dortigen japanischen Generalkonsulat über eine Reihe von Betrieben, an denen deutsche Firmen, auf Grund langjähriger Geschäftsverbindung und hoher Forderungen, Pfandrechte erworben haben oder an denen sie sich das Eigentum hatten übertragen lassen.

Das Japanische Generalkonsulat hat sich bisher geweigert, die Eigentumsübertragungen und Pfandrechte anzuerkennen, und verhindert in vielen Fällen die Wiederaufnahme des Betriebes durch Verweigerung der erforderlichen Pässe, Genehmigungen zur Licht- und Kraftversorgung usw.

Die Deutsche Regierung geht davon aus, daß deutsche Firmen von Chinesen, auch wenn sie gegen diese keine Forderungen haben, Eigentum ohne behördliche Genehmigung erwerben können. Da es sich in den Fällen, die das Generalkonsulat in Shanghai genau geprüft hat, um Betriebe handelt, die mit den deutschen Firmen in langjähriger enger Geschäftsverbindung standen und ihnen hoch verschuldet waren, kann die Deutsche Regierung es umso weniger verstehen, wie sich das Verhalten des Kaiserlich Japanischen Generalkonsulats mit der von der Kaiserlichen

Regierung

135860

Regierung zugesicherten besonders wohlwollenden Behandlung der deutschen Interessen in Einklang bringen lässt.

Es handelt sich dabei um die folgenden Firmen und Betriebe:

Defag

5. Färbereien:

- a) Ting Feng Dyeing Works, 1127 Whahsing Road
- b) Chien Foong Dyeing Works, 125 Paoting Road
- c) Hsie Feng Dyeing Works, 1106 Point Road
- d) Kwang Sing Sung Kee Dyeing & Weaving Co.
10 Ming Sung Road, Chapei
- e) Kuang Hua Dyeing & Mercerising Works
172 Loo Pang Road, Wantai.

Siemens & Co. Shanghai Portland Cement Works

Carlowitz & Co. China Woll Mfg Co.

Shun Chang Stone Pulverizing Works.

Alle diese Fälle sind dem Kaiserlich Japanischen Generalkonsulat genau bekannt. Die Deutsche Botschaft in Tokio hat gleichfalls Kenntnis erhalten.

- 5) Eine Reihe deutscher Firmen in Nordchina hat dort in langjähriger Arbeit Einkaufsorganisationen aufgebaut, die die Landeserzeugnisse an Ort und Stelle aufkaufen, ansammeln, sortieren und abtransportieren. Diese Organisation war für Deutschland von Wert, da sie dafür sorgte, daß die für den deutschen Markt passenden Waren in guter Qualität geliefert werden konnten.

Die Kuantung Armee hat jetzt den Angestellten der Firma Melchers den Befehl gegeben, das dortige Gebiet sofort zu verlassen, da die persönliche Sicherheit der Angestellten nicht gewährleistet sei. Japanische Kaufleute halten sich aber nach wie vor in diesem Gebiet auch und gehen ungehindert ihren Geschäften nach.

135861

Die

4

Die Deutsche Regierung legt großen Wert darauf, daß sich die Reichsangehörigen in den bereits befriedeten Gebieten, in denen sich die japanischen Kaufleute frei bewegen können, gleichfalls ungehindert aufhalten und ihren Geschäften nachgehen können.

Berlin, den 26. Juli 1938.

135862

- 1) Am 2. Mai haben Japan und England sich darüber verständigt, daß aus den Seezolleinkünften in den von japanischen Truppen besetzten Häfen ein bestimmter Teil zur Bezahlung der ausländischen Anleihen verwendet werden soll; darunter befinden sich auch die Tientsin-Pukow und die Hukuang-Anleihe, für welche die Seezolleinnahmen subsidiär haften.

Am 5. Mai d. J. hat die Deutsche Botschaft in Tokio bei der Kaiserlich Japanischen Regierung den Antrag gestellt, daß die deutsche Tranche der Tientsin-Pukow und der Hukuang-Anleihe sowie der Tientsin-Pukow Vorschuß, für den £ 678 000 der Tientsin-Pukow Anleihe von 1910 verpfändet sind, die gleiche Behandlung erfahren solle.

Die Antwort der Kaiserlichen Regierung steht immer noch aus.

- 2) Obwohl die Gebiete entlang der Peking-Suiyüan Bahn und das Gebiet zwischen Shanghai, Hangchow und Nanking bereits soweit beruhigt sind, daß sie von japanischen Zivilisten frei aufgesucht werden können, wird den deutschen Reichsangehörigen der Zugang zu diesen Gebieten immer noch verwehrt. Die Deutsche Regierung wünscht, daß die Kaiserliche Regierung diese Gebiete nunmehr auch für die deutschen Reichsangehörigen freigibt.
- 3) Bei der Besetzung Chinas durch japanische Truppen sind eine Reihe von Anlagen (z. B. in Taiyüanfu) von den japanischen Militärbehörden übernommen worden, die erst teilweise bezahlt waren und für die nicht unerhebliche Warenmengen unterwegs oder in Nothäfen eingelagert waren.

Die Deutsche Regierung ist der Ansicht, daß die Übernahme der Aktiven dieser Betriebe die rechtliche Verpflichtung in sich schließt, auch die Passiva zu übernehmen. Sie erwarten daher, daß die japanischen Militärbehörden oder die japanischen Großkonzerne, die diese Betriebe übernommen haben, die unterwegs befindlichen oder in Nothäfen eingelagerten Waren abnehmen und

die Schulden, die diese Betriebe gegenüber den deutschen Lieferfirmen haben, übernehmen.

- 4) Das Generalkonsulat in Shanghai verhandelt seit geraumer Zeit mit dem dortigen Japanischen Generalkonsulat über eine Reihe von Betrieben, an denen deutsche Firmen, auf Grund langjähriger Geschäftsverbindung und hoher Forderungen, Pfandrechte erworben haben oder an denen sie sich das Eigentum hatten übertragen lassen.

Das Japanische Generalkonsulat hat sich bisher geweigert, die Eigentumsübertragungen und Pfandrechte anzuerkennen, und verhindert in vielen Fällen die Wiederaufnahme des Betriebes durch Verweigerung der erforderlichen Pässe, Genehmigungen zur Licht- und Kraftversorgung usw.

Die Deutsche Regierung geht davon aus, daß deutsche Firmen von Chinesen, auch wenn sie gegen diese keine Forderungen haben, Eigentum ohne behördliche Genehmigung erwerben können. Da es sich in den Fällen, die das Generalkonsulat in Shanghai genau geprüft hat, um Betriebe handelt, die mit den deutschen Firmen in langjähriger enger Geschäftsverbindung standen und ihnen hoch verschuldet waren, kann die Deutsche Regierung es umso weniger verstehen, wie sich das Verhalten des Kaiserlich Japanischen Generalkonsulats mit der von der Kaiserlichen Regierung zugesicherten besonders wohlwollenden Behandlung der deutschen Interessen in Einklang bringen läßt.

Es handelt sich dabei um die folgenden Firmen und Betriebe:

Defag

5 Färbereien:

- a) Ting Feng Dyeing Works, 1127 Whahsing Road
- b) Chien Foong Dyeing Works, 125 Paoting Road
- c) Hsie Feng Dyeing Works, 1106 Point Road
- d) Kwang Sing Sung Kee Dyeing & Weaving Co. 10 Ming Sung Road, Chapel
- e) Kuang Hua Dyeing & Mercerising Works 172 Loo Pang Road, Nantao.

Siemens & Co. Shanghai Portland Cement Works

Carlowitz & Co. China Woll Mfg Co.

Shun Chang Stone Pulverizing Works.

135872

Alle

Alle diese Fälle sind dem Kaiserlich Japanischen Generalkonsulat genau bekannt. Die Deutsche Botschaft in Tokyo hat gleichfalls Kenntnis erhalten.

- 5) Eine Reihe deutscher Firmen in Nordchina hat dort in langjähriger Arbeit Einkaufsorganisationen aufgebaut, die die Landeserzeugnisse an Ort und Stelle aufkaufen, ansammeln, sortieren und abtransportieren. Diese Organisation war für Deutschland von Wert, da sie dafür sorgte, daß die für den deutschen Markt passenden Waren in guter Qualität geliefert werden konnten.

Die Kuantung-Armee hat jetzt den Angestellten der Firma Melchers den Befehl gegeben, das dortige Gebiet sofort zu verlassen, da die persönliche Sicherheit der Angestellten nicht gewährleistet sei. Japanische Kaufleute halten sich aber nach wie vor in diesem Gebiet auf und gehen ungehindert ihren Geschäften nach.

Die Deutsche Regierung legt großen Wert darauf, daß sich die Reichsangehörigen in den bereits befriedeten Gebieten, in denen sich die japanischen Kaufleute frei bewegen können, gleichfalls ungehindert aufhalten und ihren Geschäften nachgehen können.

Berlin, den 26. Juli 1938.

135873

Telegramm (geh.Ch.V.)

Tokio, dem 18. Oktober 1938 17.45 Uhr

Ankunft: " 18. " " 16.40 "

Nr. 397 vom 18.10.

Bei Verhandlungen über Kulturabkommen anstrebten Japaner vorläufig Notenwechsel zum 25. November, erklärten Abschluß formellen Vertrags mit materiellen Bestimmungen nach italienischem Muster wegen schwierigen Instanzenzugs, insbesondere Geheimen Staatsrats, bis dahin unmöglich.

Auf meinen eingehenden Notenentwurf vorschlugen Japaner jetzt überraschend folgendes Verfahren:

1.) Kurzes allgemeines Regierungsabkommen ohne Ratifikation.

2.) Anschließend Einzelregelung durch Notenwechsel.

Japaner angeben folgende beachtlichen Gründe: Nachteil vorläufigen Notenwechsels, daß Staatsrat später Vertrag überflüssig erklären könnte.

Vorteile des Abkommens:

Form und Datum anschließen an Antikominternabkommen Frist ausreicht für Instanzenzug.

Regierung erhält freie Hand für Notenwechsel über Einzelmaßnahmen. Habe vorbehaltlich Berlin zugestimmt.

Ländergruppe N.S.D.A.P. einverstanden. Annähernd Einigung über nachstehenden Text erreicht:

"Reichsregierung und japanische Regierung in dem Wunsche, durch feierlichen Akt die Bande der Freundschaft und

Vorgestellt in 16 St.

Davon sind gegangens

Nr.	an	Stell.	(Arb. St.)
2	"	R. M.	
3	"	S.	
4	"	C.ief AO.	
5	"	Min. Dir. Pers.	
6	"	" Pol.	
7	"	Dg. Pol.	
8	"	Min. Dir. W.	
9	"	St. V. W.	
10	"	Min. Dir. Recht	
11	"	St. V. Recht	
12	"	Min. Dir. Kult.	
13	"	St. V. Kult.	
14	"	Min. Dir. Presse	
15	"	Ref. Prot.	
16	"	" Dtschl.	

Nos lot Nr.

135881

und gegenseitigen Vertrauens, die beide Länder so glücklich verbinden, durch Vertiefung der überlieferten kulturellen Beziehungen und durch Förderung gegenseitigen Verständnisses der beiden Völker zu befestigen und überzeugt von der Notwendigkeit, die Kulturbeziehungen beider Länder auf gegenseitiger Achtung vor der wahren Grundlage ihrer Kultur und ihres völkischen und nationalen Lebens aufzubauen, sind in folgendem übereingekommen :

1.) Vertragschließende Staaten werden nach Kräften danach streben, ihre Kulturbeziehungen auf eine feste Grundlage zu stellen, und zusichern einander hierbei engste Zusammenarbeit.

2.) Um die im vorigen Artikel steckenden Ziele zu erreichen, werden vertragschließende Staaten die kulturellen Beziehungen beider Länder auf den Gebieten der Wissenschaft, Kunst, Musik, Literatur, Film, Funk, Jugendbewegung, Sport u.s.w. durch planmäßige Maßnahmen fördern.

3.) Die zuständigen Behörden der vertragschließenden Staaten werden im gegenseitigen Einvernehmen über die zur Durchführung der beiden vorstehenden Artikel erforderlichen Einzelmaßnahmen entscheiden.

4.) Schlußbestimmungen: Inkrafttreten mit Unterzeichnung, keine Zeitgrenze, zwölfmonatige Kündigung deutschen und japanischen Originaltextes.

Zusatzprotokoll nach Muster Antikominternpakts vorsieht permanente Kommissionen, die den Regierungen geeignete Maßnahmen empfehlen."

Japaner legen Wert auf hiesige Unterzeichnung, zuzusagen entgegenkommende Regelung Lektorenfrage gemäß meinen Julivorschlägen.

Erbitten umgehende Drahtweisung, besonders wegen japanischen Instanzenzuges,

1.) ob mit solchem allgemeinen Regierungsabkommen einverstanden.

2.) ob erforderliche schriftliche Vollmacht für mich mit nächstem Kurier abgeht.

Ott

135883

Durchdruck.

Geheim
hat dem Herr St. S. 095244

Auswärtiges Amt

Berlin, den 5. August 1938.

W 738 R.

Im Anschluß an den Erlaß W 605 G vom 10.7. und an die Drahterlasse vom 30.7. und 5.8. - Nr. 206 und 213 -

22A
515/8

Für Herrn Botschafter persönlich.

I. In der Anlage übersende ich ergebenst zur gefälligen vertraulichen Kenntnis eine Aufzeichnung über eine Besprechung, die ich mit dem japanischen Botschafter am 27. Juli über den Wortlaut des »Pro Memoria« und über die Behandlung der deutschen Wirtschaftsinteressen in China gehabt habe. Wie daraus ersichtlich, halten wir unsere grundsätzliche Forderung auf Besserstellung gegenüber den anderen Mächten in den unter japanischem Einfluß stehenden Gebieten Chinas aufrecht. Der Herr Reichsminister hat zu dem Schlußsatz der Aufzeichnung bestimmt, daß ich das Gespräch mit dem Botschafter auf dieser Basis fortsetze. Was die Form des Pro Memoria anlangt, so hält er einen vertraulichen Notenwechsel für zweckmäßig.

Sie werden ergebenst gebeten, auch dort bei sich bietender Gelegenheit die Auffassung des Herrn Reichsministers der japanischen Regierung zur Kenntnis zu bringen. Hierzu bemerke ich ergänzend noch folgendes:

Botschafter Togo hatte seinerzeit unsere Forderung auf paritätische Behandlung mit dem Hinweis auf die ungeheuren

An
die Deutsche Botschaft
in Tokio.

Opfer

135864

Opfer an Gut und Blut, die Japan gebracht habe, abgelehnt, dagegen von einer bevorzugten Behandlung der deutschen Interessen gesprochen. Wir haben unsere Forderung entsprechend formuliert und eine Vorzugsbehandlung gegenüber dritten Mächten (mit Ausnahme von Mandschukuo) verlangt. Darauf erklärte Botschafter Togo, daß Japan zwar bereit sei, uns de facto in jeder Weise mit besonderem Entgegenkommen zu behandeln, daß die japanische Regierung aber eine formelle Verpflichtung, uns besser als andere Mächte zu behandeln, nicht übernehmen könne. Der wahre Grund dieser Haltung liegt offenbar darin, daß eine solche Verpflichtung einer Einigung mit England im Wege stehen würde. In der Tat scheint nach inzwischen bekannt gewordenen vertraulichen Nachrichten Japan England zugesagt zu haben, daß es keinem Lande eine Vorzugsstellung einräumen werde. Ob wir unter diesen Umständen mit der Forderung der schriftlichen Zusicherung der »Besserstellung« durchdringen werden, erscheint zweifelhaft. Die Entscheidung des Herrn Reichsministers, ob sie trotzdem aufrecht erhalten oder etwa abgeändert werden soll, kann jedoch erst nächste Woche eingeholt werden. Gegebenenfalls würden Sie vor Eintreffen dieses Erlasses Drahtweisung erhalten.

II. Wie unsere Wirtschaftsinteressen in China von Japan tatsächlich behandelt werden, geht aus der anliegend beigelegten weiteren Aufzeichnung hervor. Hinsichtlich unserer Besorgnisse betreffend

des

135865

des chinesischen Eisenbahwesens möchte ich für den Fall, daß Japan auf die Anfragen nach Lokomotiven und Wagen hinweist, die es nach Deutschland (wie auch nach anderen Ländern) gelegt hatte, einschränkend hinzufügen, daß diese Besorgnisse sich auf die Zukunft beziehen, wenn Japan wieder lieferfähig sein wird. Ich habe Herrn Togo unsere Beschwerden über 5 Punkte, die abschriftlich beiliegen, vorgebracht, und er hat mir zugesichert, daß er seiner Regierung berichten und für baldige Abhilfe Sorge tragen werde.

Ich weise ferner auf die dort abschriftlich vorliegenden Berichte des Generalkonsulats in Shanghai betreffend die Whangpoo Conservancy (Nr.132 vom 26.5.), die japanischen Fabrikbesetzungen (B 274, 314, 324 und 343 vom 10., 29., 30. Juni und 14.Juli) und betreffend die Störung des deutschen Handels durch japanische Propaganda hin (A.A.98 vom 16.7.). Abschriften zweier weiterer Berichte des Generalkonsulats sind ergebenst beigelegt.

Die Beobachtungen unserer Dienststellen in China berechtigen uns hiernach nicht zu der Erwartung, daß die uns von den Japanern versprochene de facto Vorzugsstellung auch nur einigermaßen dem status quo ante entspricht. Von einem Entgegenkommen, wie es den Opfern entsprechen würde, die Deutschland zur Förderung der japanischen Interessen in China auf sich genommen hat, können wir bisher keine Anzeichen entdecken.

Ich bitte daher ergebenst, die japanische Regierung nachdrücklich auf diesen Sachverhalt hinzuweisen und auf eine baldige

135866

baldige Behebung der zahlreichen Beschwerden hinzuwirken.

Darüber hinaus bitte ich, die Absichten der japanischen Regierung hinsichtlich der künftigen Gestaltung ihrer Wirtschaftspolitik in China festzustellen. Erst nach Kenntnis dieser Absichten wird eine Beurteilung der Tragweite irgendwelcher Zusagen in dem »Pro Memoria« möglich sein. Wenn Japan tatsächlich beabsichtigen sollte, jeden fremden Handel, auch den deutschen, in Nordchina auszuschließen, soweit es für chinesische Erzeugnisse abnahmefähig bzw. für chinesische Bedürfnisse lieferfähig ist, käme solchen Zusagen nur eine so begrenzte Bedeutung bei, daß für diesen Fall unsere Einstellung zu dem »Pro Memoria« erneut überprüft werden müßte.

Für Bericht über das Ergebnis Ihrer Schritte wäre ich dankbar.

Im Auftrag
gez. Wiehl.

135867

Berlin, den ^{1. Okt.} ~~1. Oktober~~ 1938.

Kult. Gen. 1257 Ang. II.

Diplogerma T o k y o

St.S.

Tel.Nr., ³¹⁵ vom ^{1. Okt.}

Dir.

Dg.

Telegramm i. Ziff.

Ref. LR. Dr. Pfeleiderer.

Ø Geh. Ch. Verf.) ^{und 412}

Auf Telegramm Nr. 397 ~~von 18. Oktober.~~

Vor. Abg.

Pol VIII

R I

P (Ziff. VI)

z. gfl. Mitz.

Nach Abg.

sofort wvl.

Mit vorgeschlagenem Regierungsabkommen einverstanden. Unterzeichnung am 25. November wird hier ~~besonders~~ begrüßt. Ich bitte, soweit es Verhandlungslage zuläßt, noch auf Folgendes hinzuwirken.

I. Ergänzung dortiger Ziffer 2 durch Bestimmung über a) Förderung der beiderseitigen Kulturinstitute ; b) Austausch von Gelehrten c) Anstellung von Regierungsseitig entsandten Lektoren.

II. Entsprechend hiesiger Praxis bei Abschluß von Kulturabkommen bitte ~~ich~~ Bestimmungen über Kulturausschuß möglichst in Abkommen selbst aufzunehmen, Einzelheiten ^{mit folgender Bestimmung} dagegen können in Zusatzprotokoll verwiesen werden.

Kulturausschuß wird zweckmäßigerweise in zwei Arbeitsausschüsse je in Berlin und Tokyo aufgeteilt. Besetzung möglichst paritätisch ; jeder Ausschuß soll etwa 5 Deutsche und 5 Japaner umfassen. Benennung der Mitglieder vorbehalten ; erfolgt in gegenseitigem Einvernehmen. Vorgesehen je zwei Botschaftsmitglieder, darunter Kulturreferent, ferner : Institutsleiter, Austauschprofessor und Beamte des Außenministeriums, Unterrichtsministeriums, Innenministeriums bzw. hier Propagandaministeriums. Zuziehung

von

135884

von Sachverständigen z.B. Jugendführer, offenhalten.

Aufgabenkreis : Durchführung der im Abkommen vereinbarten Maßnahmen sichern ; weitere Möglichkeiten des Ausbaues der deutsch-japanischen Kulturbeziehungen erörtern und feststellen.

Geschäftsordnung : Beschlußfassung durch übereinstimmende Erklärungen der deutschen und japanischen Vorsitzenden ; Beschlüsse in Protokoll niederlegen , die der Unterzeichnung bedürfen. Soweit Durchführung in Gesetzgebung oder Verwaltung ^mforgebundene Maßnahmen erfordert, werden Beschlüsse als Empfehlungen den beiden Regierungen unterbreitet, die weitere Maßnahmen durch Abkommen , Notenwechsel usw. treffen. Diese Regelung auch in deutsch-italienischem Kulturabkommen vorgesehen.

III. Bitte dortige Ziffer 3 mit obigen Bestimmungen über Kulturausschuß in Einklang bringen.

IV. Stilistische Änderungen: Setze " Deutsche Regierung " statt " Reichsregierung " ; " Vertragsschließende Teile " statt " Vertragsschließende Staaten ".

V. Schriftliche Vollmacht wird beschleunigt ausgestellt und übersandt. Falls Vollmacht zum 25. November dort nicht vorliegt, bitte unterzeichnen und Nachreichung vorbehalten.

VI. Bitte für entsprechende Pressebehandlung Sorge tragen.

St.S.

Ja.

Telegramm (geh.Ch.V.)

Tokio, den 15. November 1938 20 Uhr 20
Ankunft: 15. " " 16 " 35

Nr. 441 vom 15/11.

I. Abkommen wird 25. November unterzeichnet.

II. Text: Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Reich und Japan.

Die Deutsche Regierung und die Kaiserlich Japanische Regierung, durchdrungen von der Erkenntnis, dass deutsch-japanische Kultur in deutschem völkischen und nationalen Leben einerseits und von ureigenem japanischen Geist andererseits ihre wahre Grundlage haben und dass die Kulturbeziehungen beider Länder hierauf aufzubauen sind und

in dem Wunsch --- Fortsetzung wie Tel. 397 vom 18/10. Ändert: "so glücklich" in "bereits in so glücklicher Weise". Ersetzt: "überlieferten" durch "vielfältigen".

Artikel 1 streicht: "nach Kräften". Schluss: "und werden hierbei miteinander aufs engste zusammenarbeiten".

Artikel 2 Anfang gekürzt: Um das in dem vorstehenden Artikel steckende Ziel zu erreichen ihre kulturellen Beziehungen planmässig fördern.

Artikel 3: "Die Durchführung des vorstehenden Artikels wird im einzelnen durch die zuständigen Behörden der hohen vertragschliessenden Staaten im beiderseitigen Einvernehmen geregelt."

Artikel 4 dieses Abkommens tritt am Tage der Unterzeichnung in Kraft. Jeder der hohen vertragschliessenden Staaten kann das

Hergestellt in 17 St.

Davon sind gegangen:

Abkommen durch Kündigung unter Einhaltung einer Frist von zwölf Monaten beenden.

- Nr. 1 an Kult. (Arb. St.)
- " 2 " R.M.
- " 3 " S.S.
- " 4 " C. I. A. O.
- " 5 " E. R. H.
- " 6 " E. R. S.
- " 7 " Fol.
- " 8 " B.
- " 9 " P.
- " 10 " L. Recht
- " 11 " E. R. H.
- " 12 " D. K. L.
- " 13 " P.
- " 14 " P. Presse
- " 15 " S. S.
- " 16 " K. J. D. S. H.
- " 17 " K. J. D. S. H.

"Zu Urkunde" Fortsetzung wie Antikominternpakt. "So geschehen in zweifacher Ausfertigung, in deutscher und japanischer Urschrift, zu Tokio Datum" entsprechend Antikominternpakt Zahlen nicht ausschreiben Schreibweise Syowa.

III. Weder Zusatzprotokoll noch Notenwechsel, da die Frage gemeinsamen Ausschusses angesichts räumlicher Entfernung usw. noch zu prüfen und Japaner den Geheimen Staatsrat nicht mit materiellen Bestimmungen befassen wollten. Stattdessen gleichlautende pro-

135886

programmatische Öffentlichkeit verpflichtende Regierungserklärungen vereinbart, die inhaltlich weit über dort gewünschte Punkte hinausgehen und Arbeitsausschüsse Grundsatz Lektorenauswahl usw. enthalten. Text folgt, sobald fixiert.

IV. Auf dringenden japanischen Wunsch Ausdruck »hoher vertragschliessender Staaten« wie in Antikominternpakt beibehalten.

V. Empfehle amtliche Bekanntgabe Abkommens und Regierungserklärung in Morgenzeitung 25. November.

VI. Empfehle Austausch Glückwunschtelegramme.

Ott

Telegramm (geh.Ch.V.)

Shanghai, den 22. November 1938 17.57 Uhr

Ankunft: " 22. " " 12.40 "

Nr. 22 vom 22.11.

Geheim !

1.) Japanische Botschaft mündlich mitteilt Gespräch Feldmarschalls Goering mit Berliner Japanischem Botschafter folgenden Inhalts :

"Junkerswerke hätten vertragsmäßig vor August d.J. 20 Flugzeuge an Chinesische Regierung zu liefern. Letztere habe Anzahlung 357.000 amerikanische Dollars geleistet, wofür die Deutsch-Asiatische Bank Garantie Rückzahlung bei Nichterfüllung Vertrags übernommen habe. Deutsche Regierung habe Lieferung untersagt, und Chinesische Regierung werde jetzt von Deutsch-Asiatischer Bank Rückzahlung 357.000 amerik. Dollars fordern.

Rückzahlung bedeutet jedoch Unterstützung Chiang kai-sheks. Feldmarschall Goering habe auf Schwierigkeiten für Deutsch-Asiatische Bank bei Verweigerung Rückzahlung hingewiesen und erklärt, daß Japan dann auch Begründung für Nichtrückzahlung finden müsse, z.B. Protest Nanking Erneuerung Regierung oder Fingieren Drucks japanischer Militärbehörde auf Bankniederlassung in China."

Japanischer Botschafter bittet, daß die Deutsche Botschaft hiesige Deutsch-Asiatische Bank anweist, Forderung Chinesischer Regierung auf Rückzahlung nicht zu entsprechen. Ich habe auf japanischen Wunsch drahtliche Berichterstattung zugesagt und im Einverständnis mit Japanischer Botschaft Deutsch-Asiatische Bank zu dilatorischer Behandlung veranlaßt. Japanischer Botschafter aussprach Dank und wird heute nach Tokio und Berlin drahten.

3.) Deutsch-Asiatische Bank hat bisher keine Forderung erhalten. Garantie wurde kürzlich bis Januar nächsten Jahres verlängert. - Gleichlautend Tokio.

Lautenschlager

135890

Hergestellt in 12 St.

Das sind gegangen

Nr. 1 an (A.S.)
" 2 " R.M.
" 3 " St.S.
" 4 " Chef A.O.
" 5 " B.R.M.
" 6 " Dir. Pers.
" 7 " " Pol.
" 8 " Dg.
" 9 " Dir. W
" 10 " " Recht
" 11 " " Presse
" 12 " " Kult

ist Nr.

Telegramm (geh.Ch.V.)

Tokio, den 9. Dezember 1938 19.-- Uhr

Ankunft: 9. " " 13.10 "

Nr. 476 vom 9.12.

1. Außenminister Arita erklärte gestern Britischem und Amerikanischem Botschafter, neue Ordnung Ostasiens werde sich auf japanisch-mandschurisch-chinesischen Wirtschaftsblock aufbauen. Grundsätze der offenen Tür und Gleichberechtigung in China müßten veränderter Umwälzung entsprechend revidiert werden und könnten in Zukunft nur für rein wirtschaftlich betätigte dritte Länder Anwendung finden.

2. Außenminister sagte auf Anfrage baldige Antwort auf meine Demarche vom 17. November zu.

Wie ich aus zuverlässiger Quelle erfahre, ablehnte Minister schriftliche Erklärung deutscher Besserstellung in China, einigte sich aber dahin, daß de
(Arb. St.) facto Deutsche in China bevorzugt behandelt werden sollen.

Vergestellt in 17 St.
davon sind gegangen:

Pol. VIII
1 an
2 " P. M.
3 " S. S.
4 " C. f. A. O.
5 " P. R. 19.
6 " Dir. Forw.
7 " " Pol.
8 " Dg.
9 " Dg. W
10 " Eg.
11 " Dg. Recht
12 " Dg.
13 " Dir. Kult.
14 " Dg.
15 " Dir. Presse
16 " Abt. Prot.
17 " Ref. Dtschl.

Ott

135891

NOTE

26 August 1946

The following have been extracted from this file
for presentation in court as evidence (Mr. Hyde).

Items: 4041
4041-B.

Frames: 135 857, 135 858, 135 863;

135 814 - 135 879

M. H. Wagner

Berlin, den 28. Juli 1938.

Aufzeichnung

Ich habe am 27. Juli 1938 den japanischen Botschafter aufgesucht und ihm im Auftrage des Herrn Reichsministers mitgeteilt, daß der Herr Reichsminister auch nach nochmaliger eingehender Erwägung den letzten japanischen Vorschlag für den Wortlaut des "Pro Memoria" über Nordchina, wonach Deutschland nur eine "besonders günstige" Behandlung zugesagt werden solle, nicht befriedigend finde und an dem Verlangen der Zusage der "Besserstellung gegenüber dritten Staaten" festhalte. Dieses Verlangen sei lediglich die natürliche Folge des besonderen Verhältnisses zwischen unseren beiden Ländern und der großen Opfer, mit denen wir das japanische Vorgehen in Nordchina unterstützten. Eine nur "besonders günstige" Behandlung trage dagegen dieser Sachlage nicht genügend Rechnung.

Zu dieser Entscheidung des Herrn Reichsministers hätten hätten verschiedene Berichte unserer Vertretungen in China beigetragen, aus denen zu ersehen sei, daß auch in dem bereits befriedeten Teil Nordchinas jeder fremde Handel zugunsten des japanischen rücksichtslos ausgeschaltet werde, und daß dabei irgend eine günstigere Behandlung des deutschen Handels in keiner Weise stattfinde. Dieses Vorgehen erwecke den Eindruck, daß die von Japan in Nordchina für lange Sicht in Aussicht genommene Wirtschaftspolitik systematisch darauf hinauslaufe, jeden fremden Handel, auch den deutschen, grundsätzlich auszuschalten und nur insoweit zuzulassen, als Japan selbst nicht liefer- bzw. aufnahmefähig sei. Als Unterlage hierfür übergab ich dem Botschafter den abschriftlich beiliegenden Vermerk, worin 5 Beschwerdefälle aufgeführt sind, und machte ihm auf Grund einer ausführlichen Aufzeichnung über die Lage der deutschen Wirtschaftsinteressen in Nordchina ergänzende mündliche Ausführungen, insbesondere über die seit der japanischen Besetzung eingetretene völlige Ausschließung Deutschlands auf 2 Gebieten, wo wir seit langen Jahren führend gewesen sind, nämlich der Eisenbahnlieferungen und der Elektrizitätswirtschaft.

135868

tätswirtschaft. Aus all dem ergebe sich, daß von einer besonders günstigen Behandlung, geschweige denn von einer Besserstellung Deutschlands in Nordchina keine Rede sei.

Ich fügte bei, daß Herr Botschafter O t t beauftragt werden würde, diese Beschwerden in Tokio vorzubringen und die japanische Regierung um eine Auskunft über die von ihr beabsichtigte zukünftige Wirtschaftspolitik in Nordchina zu bitten. Herr Botschafter Ott sei während seiner hiesigen Anwesenheit auch über den Verlauf der hiesigen Besprechungen betr. wirtschaftliche Zusammenarbeit in Nordchina und über die noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten über den Wortlaut des Pro Memoria unterrichtet worden und werde bei sich bietender Gelegenheit auch seinerseits der japanischen Regierung in Tokio die Auffassung des Herrn Reichsministers zur Kenntnis bringen.

Herrn Togo war insbesondere die letztere Mitteilung sichtlich höchst unangenehm, und er stellte auf meine zunächst mehr andeutungsweise Mitteilung über die Beauftragung des Herrn Botschafters Ott mehrfach Gegenfragen, bis ich ihm diese Beauftragung in der oben ausgeführten Weise präzisierete.

Sachlich wandte Herr Togo ein, daß er bisher stets sein Bestes getan habe, um derartigen deutschen Beschwerden betr. Nordchina abzuhelpen, und in zwei Fällen sei ihm das auch gelungen (nachträgliche Feststellung ergab, daß er sich tatsächlich in Punkt 2 der Anlage bemüht hat, daß jedoch die darauf erteilte japanische Zusage nicht ausreichend ist). Er werde nunmehr auch die in der Anlage aufgezählten Beschwerden und meine mündlichen Ausführungen nach Tokio berichten. Wenn bisher keine besonders günstige Behandlung Deutschlands in Nordchina stattfinde, so hinge dies damit zusammen, daß eben über das Pro Memoria, worin diese besonders günstige Behandlung vereinbart werden solle, noch keine Einigung erzielt sei. Über diese Bemerkung drückte ich mein Erstaunen aus mit dem Hinweis, daß sich eine besonders günstige Behandlung doch auch ohne Verabredung aus dem allgemeinen Verhältnis als selbstverständlich verstehe. Dies gab der Botschafter nach einigen Ausflüchten auch zu, behauptete jedoch, daß die Stoppung der Kriegsgeräteeinfuhr nach

China

135869

China und insbesondere die Zurückziehung der Kriegsberater erst vor so kurzer Zeit erfolgt sei, daß sich die Auswirkung dieser Freundschaftsgesten auf die Haltung der japanischen Behörden in Nordchina noch nicht überall habe durchsetzen können. Auch er nähme an, daß auf Grund dieser Freundschaftsgesten nunmehr manches von selbst sich in unserem Sinne bessern werde.

Schließlich machte der Botschafter noch Bemerkungen über andere Einzelheiten des Wortlauts des Pro Memoria, aus denen ich durchfühlte, daß ihm doch an einer weiteren Diskussion darüber auch hier viel gelegen ist und daß er vielleicht doch noch die eine oder andere Konzession auf Lager hat, die er bisher nicht herausrückte. Er erkundigte sich auch, welche Stellung der Herr Reichsminister zu der Form des Pro Memoria, nämlich Vollzug durch beiderseitige Paraphierung, eingenommen habe.

Ich antwortete, daß der Herr Reichsminister zu diesen anderen Einzelheiten keine Stellung genommen habe, da es ja keinen Zweck hätte, diese Fragen zu vertiefen, solange der Hauptpunkt, nämlich das Verlangen der Besserstellung, von japanischer Seite abgelehnt werde. Da Herr Togo jedoch insistierte, und da es doch von Vorteil sein kann, ihn auch hier, nachdem er durch die parallele Aktion unseres Botschafters in Tokio einigermaßen unter Druck gesetzt scheint, über etwa noch mögliche japanische Konzessionen auszuhören, habe ich ihm schließlich zugesagt, daß ich die Entscheidung des Herrn Reichsministers über eine Fortsetzung des Gesprächs einholen würde.

gez. Wiehl.

135870

Berlin, den 11. Oktober 1938.

Ich habe General O s h i m a, der gestern aus anderem Anlaß bei mir war, darauf angesprochen, daß eine der ersten Bitten, die wir an ihn als kommenden Botschafter richten würden, die so lange ausstehende Regelung unserer Entschädigungsforderungen aus dem chinesisch-japanischen Konflikt wäre.

gez: Weizsäcker.

Herrn Unterstaatssekretär

Herrn Dg. Pol.

Herrn Dir. Recht.

135880

DEFENSE CHARGE OUT SLIP NO. 2

Date 3 June

Description of Material:

IPS Doc. No. _____

4041

DEF Doc. No. _____

1312

Ct. Exhibit No. _____

Rejected

at Transcript Page 22 537

I, the undersigned representative of the Defense Panel have withdrawn the material listed above for the purpose of introduction in evidence or for identification of the entire document. I accept, until such time as it is introduced the responsibilities of custody for said document and shall inform IPS Document Division (Files Unit) of the Defense Document No. as well as Court Exhibit No. assigned to it.

Signature _____

[Handwritten Signature]

INTERNATIONAL PROSECUTION SECTION

Doc. No. 4041

19 June 1946

ANALYSIS OF DOCUMENTARY EVIDENCE

DESCRIPTION OF ATTACHED DOCUMENT.

Title and Nature: Photostats: File of Foreign
Ministry (State Secty., Japan, Vol 1a)

Date: 20 July 38 Original () Copy (x)
21 Dec 38 Language: German

Has it been translated? Yes () No (x)
Has it been photostated? Yes (x) No ()

LOCATION OF ORIGINAL: Document Division

SOURCE OF ORIGINAL: Nurnberg

PERSONS IMPLICATED: OTT; OSHIMA; TOGO; SHIRATORI; ARITA

CRIMES TO WHICH DOCUMENT APPLICABLE: Aggressive warfare
(China) - Economic Aggression (China).

SUMMARY OF RELEVANT POINTS:

Item 1. Telegram from STOLLER, Peking, 20 July 1938, about a commission of German exporters, constituted to represent their interests in North China in view of the Japanese position there.

Item 2. Memo from WIEHL, Berlin, 28 July 1938, about a conference with TOGO re Germany's economic status in China.

The German Foreign Minister has rejected the Japanese note which only gives Germany a "particularly favored" status in North China and will not be satisfied until Germany gets "preferred position as regards third powers". This demand is the natural consequence of the special relationship between the two countries and the great sacrifices with which the Germans are supporting Japanese actions in North China. In that part of North China which has already been pacified, all foreign trade was eliminated in favor of the Japanese, and there was no evidence of treatment of German trade on a

Doc. No. 4041
Page 1

more favored basis. This practice points to a future development of eliminating all competition to Japanese business. /Compare IPS Doc.4029, Item 11 ff/

Item 3. Memo, BERLIN, 26 July 1938.

This is an annex to Item 2. It is a list of five specific grievances, concerning Japanese violations of German right in North China.

Item 4. Telegram from WIEHL, BERLIN, to OTT, 9 August 1938, in the same matter.

Their demands for preferential treatment in North China by the Germans have not been retracted. Ambassador TOGO replied to this that the Japanese could not accede to the demands, but will be, de facto, of help to the Germans in any possible way. The reason for this attitude is that preferential treatment for Germany would bar the way to a Japanese-English understanding. Several specific instances where German "rights" have been violated are mentioned.

Item 5. Memo from WIEHL, BERLIN, 28 July 1938. Identical with Item 2.

Item 6. Memo, BERLIN, 26 July 1938. Identical with Item 3.

Item 7. Memorandum, unsigned, addressed to WIEHL, BERLIN, 24 July 1938.

Japan has asserted that the principle of the "Open Door" policy will be maintained and because of the special relationship to Germany, Germany will get preferential treatment in China. Now that the fighting is over in parts of China and all kinds of Japanese civilians are permitted in the occupied zone, German officials have a clearer picture of Japanese economic intentions in China. Their reports show that Japanese military authorities aim to subjugate Chinese economy to the Japanese authority, to conduct this economy in the sole interests of Japan and to eliminate all foreign interests. Germany would receive no special consideration, though a slight differentiation is shown. The Kwangtung Army shows a certain willingness to work with Germany. Though Germans were favored in North China, this is not the case in

Central China. When Consul General FISCHER pointed out Japanese promises to the Jap. Consul General SONE in Shanghai, the latter claimed that he had received no corresponding instructions. In this connection, the report mentions that FISCHER had been designated by OSHIMA as a persona grata for the Japanese military authorities.

The Japanese economic policy aims to control all important North and Central Chinese industries. Thus, all state or semi-state owned businesses have been confiscated by Japanese military authorities. The firms of private industries have been destroyed in the main. As long as the machines were still useful, they were sent to Japan. As Consul SONE told the German Consul, Japan wants to reserve her decision on all matters, whether the development of certain industries should be permitted at all in China, which will be decided, depending on whether it conforms to the needs of Japanese economy. Where Chinese factories still exist, they are being taken over by the Japanese, as for example, the cotton spinning industry which was split up and put under the management of Japanese cotton spinning industries. The way this was usually done was that one fine day Japanese engineers, usually with a military escort, arrived, hoisted the Japanese flag and announced that the factory is now a Japanese enterprise. The Japanese emphasize that they seek "cooperation" with Chinese owners, who are then requested to pay considerable reparations, agree to the employment of Japanese technical advisers and managers, and to be satisfied with only a part of the profit. Should the Chinese owners refuse, they would be barred from the factory grounds, or else the factory would just resume work without Chinese approval. This is not an isolated instance, but a systematic attempt to relegate industry under Japanese monopolies.

The fields of Railway Construction and Hydro-electricity, in which Germany had formerly played a leading role, have been taken over entirely by the Japanese. Chinese industries are forced to buy their goods in Japan. The actions of the Japanese furthermore make it impossible for the Chinese to pay up their debts. A few industries with sizeable debts were placed under German protection, whereupon the plundering ceased.

Item 8. Telegram from WEIZSACKER, BERLIN, 11 October 1938.

WEIZSACKER told OSHIMA that one of the first requests to him, in his new position of Ambassador, will be the settling of German claims for losses incurred in the China conflict.

Item 9. Telegram from OTT, Tokyo, 18 October 1938.

Report on the cultural agreement which is being planned between Japan and Germany. Attached is a draft of the agreement.

Item 10. Telegram from S. St. BERLIN, 1 November 1938. Foreign Office approval of proposed cultural agreement with Japan. It provides for the exchange of students and teachers, etc.

Item 11. Telegram from OTT, TOKYO, 15 November 1938. Report on the text of the proposed cultural pact between Germany and Japan, to be signed on 25 November 1938.

Item 12. Telegram from OTT, TOKYO, 17 November 1938.

OTT presented the Japanese Foreign Minister with 126 instances of damage done to German property as the result of the China conflict. ARITA didn't know about TOGO's proposal to pay "consolation money". OTT also demanded a better economic position for Germany in China. ARITA promised, in practice, to give Germany a better position there than the Anglo-Saxon powers. OTT has the impression that Japan is now interested in building up her position as leading economic power in China and that ARITA and especially the Army are basically in favor of German collaboration in this.

Item 13. Telegram from LAUTENSCHLAGER, Shanghai, 22 November 1938. According to oral information received from the Japanese Embassy, Field Marshall GOERING told the Japanese Ambassador that the Chinese Govt. has ordered 20 Junker airplanes and has paid \$357,000 for them, for which the German Asiatic Bank has given a repayment guarantee in case the delivery cannot be made. German Govt. prohibited delivery. The Chinese Govt. will now request repayment. This repayment, however, is a support of CHIANG KAI SHEK. GOERING said that under the circumstances, it would be difficult not to repay the amount unless Japan finds a reason to forbid repayment, such as arranging

Doc. No. 4041 - Page 5 - SUMMARY Contd.

to have the military authorities put pressure on bank enterprises in China. The Japanese Ambassador requests that the German Embassy here inform the German-Asiatic Bank to reject repayment demands of the Chinese Govt.

Item 14. Telegram from OTT, TOKYO, 9 December 1938.

Foreign Minister ARITA told the British and American Ambassadors that the New East Asian Order would be built up on the Japanese-Manchurian-Chinese economic block. The principle of the "Open Door" and "equal rights in China" must be revised as changes come up.

Item 15. Memorandum by WIEHL, BERLIN, 21 December 1938.

In a talk with OSHIMA, WIEHL reiterated German grievances concerning her bad economic position in China. OSHIMA declared himself in favor of giving Germany preferential commercial treatment in China. SHIRATORI had previously mentioned such preferential treatment and the Army was for it.

Analyst: 2d Lt. Straus
2d Lt. Steiner

Doc. No. 4041
Page 5

CHINA INCIDENT
Germany - Foreign Relations - Japan

Doc. No. 4041

page 1

Berlin, 28 July 1938

MEMORANDUM

On 27 July 1938 I went to see the Japanese Ambassador and told him on instructions of the German Reichs Minister, that the Reichs Minister, even after another thorough deliberation, did not find satisfactory the last Japanese proposal for the wording of the "Pro Memoria" regarding North China, according to which Germany was to be promised only an "especially favorable" treatment and that he stands on the demand for a promise for "preferential treatment over against third states." This demand was merely the natural consequence of the special relation between our two countries and the great sacrifices with which we were supporting the Japanese advance in North China. A treatment which is only "especially favorable", however, did not sufficiently do justice to this situation.

Several reports from our representatives in China had contributed to the decision of the German Reichs Minister, from which it could be seen that also in the already peaceful part of North China every foreign trade was being ruthlessly eliminated in favor of the Japanese, and that thereby any more favorable treatment of the German trade was in no way taking place. This action induced the impression, that the long range Japanese economic policy in North China systematically lead to principally eliminating every foreign trade, even the German, and only permitting it in so far as Japan itself was not capable of delivery or receipt. As evidence of this I presented the ambassador the note enclosed in copy, in which five cases of complaint are presented and made supplementary oral explanations based on a detailed memorandum regarding the situation of German economic interests in North China, especially regarding the complete exclusion of Germany which has set in since the Japanese occupation in two fields in which we have had a leading position for many years, namely, in the delivery of railroads and the hydro-electric field. It followed from all of this that it was not a question of an especially favorable treatment, not to speak of a preferential treatment of Germany in North China.

I added, that Ambassador OTT would be commissioned to present these complaints in Tokyo and to ask the Japanese government for information regarding its intended future economic policy in North China. Ambassador OTT, during his presence here, had also been informed of the course of the discussions here regarding economic cooperation in North China and informed of the differences of opinion which still exist regarding the wording of the Pro Memoria and would, when the opportunity presented itself, on his part inform the Japanese government in Tokyo of the concept of the Reichs Minister.

Especially the latter statement was obviously extremely disagreeable to Mr. TOGO and upon my report on the commissioning of Ambassador OTT, which were at first more indicative, he posed several counter questions, until I made this commissioning more precise in the manner shown above.

Impartially (speaking), Mr. TOGO objected that he had always done his best to do something about such German complaints re: North China, and in two instances he had even succeeded in the (later findings showed that he had actually gone to some trouble regarding Point 2 of the Appendix, that, however, the Japanese assent which had been given to it was not sufficient). He would now report to Tokyo the complaints enumerated in the appendix and in my oral statements. If up to now no especially favorable treatment of Germany in North China has taken place, then this was related to the fact that an agreement could just not be reached on the Pro Memoria in which this especially favorable treatment was to be agreed upon.

I expressed my astonishment at this remark, pointing out that from general circumstances alone, such an especially favorable treatment even without agreement was understood to be a matter of course. After a few excuses the Ambassador admitted this, maintained, however, that the stopping of war material delivery to China and especially the recall of the military advisors had only come about such a short time ago that the effect of this gesture of friendship could not yet have carried through to (change) the attitude of the Japanese authorities everywhere in North China. He, too, presumed that on account of this gesture of friendship much would now improve of its own accord along the lines of our wishes.

Finally the ambassador made remarks concerning other details of the wording of the Pro Memoria, from which I could surmise that he was, nevertheless, very much interested in a further discussion also here on this subject, and that he possibly still has one or another concession on hand, which up to now, he has not brought forth. He also inquired as to what attitude the German Reichs Minister had taken to the form of the Pro Memoria, namely execution by mutual signing.

I answered that the Reichs Minister had not taken any attitude towards these other details, as it was of no use to go more deeply into these questions, as long as the main point, namely the demand for preferential treatment was rejected by the Japanese side. But since Mr. TOGO insisted, and as it could be of advantage to find out something about other possible Japanese concessions, and as he seems to be somewhat under pressure by the parallel action of our Ambassador in Tokyo, I at last promised him that I would get the decision of the Reichs Minister regarding continuation of the discussion.

signed WIEHL

To be submitted to
the Reichs Minister
the Secretary of State

Mr. L. R. VOSS
W VII
Pol. VIII

To be submitted to the Reichs Minister, via the State Secretary, with the request for a decision on the last sentence of the memorandum.

Ambassador OTT has been informed by telegraph and asked to raise complaints in the same direction with the Japanese Government.

WIEHL

Extracted for court use

(^{see}
4041)

Item 15

(Name 135893)

7 Jan 48

W. H. Miller

AFFIDAVIT

I, W. P. Cumming, being first duly sworn on oath, depose and say:

1. That I am an Attache of the United States Department of State on the Staff of the United States Political Adviser on German Affairs, and as such I am a representative of the Office of Military Government for Germany (U.S.). That in my capacity as above set forth, I have in my possession, custody, and control at the Berlin Documents Center, Berlin, Germany, the original captured German Foreign Office files and archives.

2. That said original Foreign Office files and archives were captured and obtained by military forces under the command of the Supreme Commander, Allied Expeditionary Forces, and upon their seizure and capture were first assembled by said military forces at a Military Document Center at Marburg, Germany, and were later moved by authorized personnel of said Allied forces to said central documents center, above referred to, and known as the Berlin Documents Center.

3. That I was assigned to said document center at Marburg, Germany, on August 15, 1945; and said captured German Foreign Office files and archives first came into my possession and control while I was stationed at Marburg, Germany, and that thereafter the same have continued in my possession and custody and under my control.

4. That the document to which this affidavit is attached is a true and correct photostatic copy of an original German Foreign Office document which was captured from said Germany Foreign Office files and archives, and which came into my possession and custody and under my control in the manner above set forth.

5. That said original document, of which the attached is a photostatic copy, is being held and retained by me in order that it may be examined and inspected by various interested agencies, and a photostatic copy of said original is hereby furnished and certified to because of the unavailability of said original for the reasons above set forth.

s/ W. P. Cumming

W. P. CUMMING

Subscribed and sworn to before me this 23rd day of April 1946.

s/ G. H. Garde

G. H. GARDE

Lt. Colonel, AGD
Acting Adjutant General

OFFICE OF MILITARY
GOVERNMENT FOR GERMANY (U.S.)

CHINA INCIDENT
Germany - Foreign Relations - Japan

Document No. 4041-B

Page 1.

Copy to W 738 g

Account

Concerning the situation of German Economic Interests
in the parts of China occupied by Japan.

I.

In view of the reactions which the Japanese-Chinese conflict inevitably exercises upon foreign economic interests in China, the Japanese Government has repeatedly declared its intention to respect these foreign interests and to maintain the principle of the Open Door and the principle of the equal possibilities.

In addition to that the Japanese Government has promised our economic interests in China a preferential treatment in consideration of the special relations existing between Germany and Japan and the great friendship which Germany has shown since the conclusion of the anti-Comintern agreement, through the recognition of Manchuria, the recall of military advisors and the suspension of all war material supplies to China.

One could not see clearly what practical consequences these Japanese promises for the German economic interests had as long as the area of TIENHSIN, PEKING and ISINGTAO in North China, and the triangle Shanghai-Nanking-Hangchow in Middle China were battle areas as long as there was fighting, it was doubtful whether the measures of the Japanese military authorities were conditioned by war and temporary or whether they were the expression of a policy calculated to be permanent. Now that these territories are for the great part pacified and opened for the admission of Japanese civilians (peddlers, traders and manufacturers), the German authorities could gain a clearer picture of the Japanese economic policy in China and its reactions on the German interest. They confirm in numerous reports that the Japanese military authorities are striving to subjugate the Chinese economy under Japanese domination, to use this economy exclusively in the Japanese interest, and to push aside and eliminate all foreign interests.

In this the German interests are treated no better than any other foreign interests. Principally, Japan wants to exploit China only in her own interest. Foreign cooperation only comes then into the question where the Japanese means do not suffice, but even there only in a way which guarantees Japan's leadership (Japanese majority in mixed enterprises). Considerable orders are to be given internationally, whereby Germany does not possess any

special advantage over other nations. The attitude of the Japanese military authorities in North and Middle China is basically the same towards German economic interests, a certain difference is shown in the atmosphere's mood: The Kwangtung Army which protects the Japanese flank in MANCHURIA and Inner Mongolia against Russia, shows a certain willingness for cooperation with Germany whereas they consciously prejudice themselves over against the English. On the other hand, the commercial expert reports about the Japanese attitude in Middle China (W VII 1731 of 23 June):

"Whereas the German merchants in North CHINA are shown a certain consideration, the Japanese military and official sources here are apparently ashamed of this friendship, especially over against the English. Instead of avowing oneself openly to it by permitting the German merchants something which one wants to refuse to the others, one only always talks about cooperation with Germany, and this as much as possible in private circles, that is, for the purpose of reproaching us or to demand something from us."

Consul General FISCHER has referred the Japanese Consulate General in Shanghai, with which he was negotiating about a few factories which are under German influence, to the assurance of the Japanese Government to treat German interests preferentially. The Japanese Consul SONE answered to this that the Japanese Consulate had not received any such instructions and that it was impossible to make a distinction in the treatment of the members of the various foreign nations.

Consul General FISCHER - who was specifically characterized by Lt. General OSMITA as a person approved of by Japanese military authorities - comes to the conclusion that the military authorities "up to now have not allowed themselves to become disconcerted by all the statements from Tokyo about the respecting of foreign rights and interests in the ruthless utilization of their position of power and have not taken cognizance of the fact that German interests should be treated with care in the strangulation of foreign commerce."

-2-

The Japanese economic policy aims at the control of all the important industries of North and Middle China. As objects of this national-Japanese policy are named amongst others: shipping railways and other communications, undertakings, mines, salt-production, mills, spinning and weaving mills, cement, chemical factories, the wool and silk industries.

In practice it has proceeded in the following way: All public or semi-public installations of the Central Provincial Government and the local administrations: railways, telephone, telegraph and wireless stations, arsenals and workshops, mines and salt-fields naturally have been seized by the Japanese military authorities.

The greater part of factories of private industry have been destroyed. The machines have been taken apart so far as they were still useful and the rest has been sent to Japan as scrap metal. As Consul SCHE imperted to the German Consul General, Japan wants to retain the power for the decision whether the development of certain industries in China should be permitted at all, which would be regulated according to the requirement of the Japanese economy.

As far as the Chinese factories are still existing, they will be taken over by the Japanese. For instance, the cotton spinning industry of Middle China has thus been taken over by Japan and has been divided up for management by Japanese Spinning mills.

Usually this happened in such way that one day Japanese engineers, most of the time with military escort, appeared, hoisted the Japanese flag and put up signs on which it was announced that the factory was now a Japanese enterprise. The Japanese emphasized that they only aspire to "cooperation" with the Chinese owners who are invited to bear the repair expenses, which are usually considerable, to agree to the appointment of a Japanese manager and a technical advisor and to be content with a partition of the net proceeds (W VII 1875).

Should the Chinese owners object, then they are put under pressure either by refusal of admission to the factory buildings and other administrative measures or the resumption of the management takes place without Chinese consent. In this procedure it is not the arbitrary acts of individual military authorities, but they are the systematic attempt, which is approved by the Japanese Government to manage Chinese industry - as far as it is permitted - in "cooperation" with the Chinese as a Japanese monopoly. That Japanese enterprises in China are to be erected on the basis of special privileges also follows, among other things, from article 11 of the Japanese law concerning the North and Central China Development Co. which states:

"The Government shall make efforts to make the new Government of China consider granting special treatment to the proposed company and its affiliates."

The results of this Japanese policy are very serious for the German commercial activity in China. How incisive they are, is already shown by contemplating two fields which the Japanese want to reserve for themselves. Railways and Electricity.

In the field of railway construction, Germany has always been active and has participated to a great extent since the building of the SHANTUNG and the Tientsin-Pukow railway. Germans were the first who again took up the railway enterprise after the establishment of the Chinese national government and who, with the assistance of middle termed delivery credits made possible the building of the Hangchow-Yushan-Nanchang-Pinghsiang-railway. It was expected that in a nationally united China a grand development of communications would take place and that Germany, together with England, would take a prominent part in it.

On 15 June of this year, 7,000 kilometers of the estimated 11,000 kilometers of the railroad lines were under Japanese control. Now they are run by the South Manchurian Railway Co. The Japanese saw themselves forced to procure an "Ersatz" because the Chinese could have taken with them nearly the entire rolling stock, and have ordered first of all 250 locomotives and 10,000 coaches in Japan. The orders went exclusively to Japan. It is to be expected that the future orders will also go to Japan and that we will lose the old Chinese railways as customers.

In addition to this the receipts of the Tientsin-Pukow line for the loans of 1908 and 1910 and the receipts of the Peking-Hangkow line for a number of middle termed delivery credits were mortgaged to us. These lines at present have no receipts. In order to maintain our rights, after the English had availed themselves of the use of the Tientsin-Pukow and Hukuang loans from Japan on the 2nd of May of this year, we have demanded the same treatment for the German shares of these loans as well as the advance (L670,000) on the Tientsin-Pukow lines. The Japanese Government up to now has not answered this demand.

In the field of Chinese hydroelectricity the SIEMENS company has had a leading position for many years. According to what the firm reports now, one can already clearly see today that Japan is not going to draw any non-Japanese firms in the future into the Chinese territories occupied by Japan, and that she is going to let the Nihon Denshin Koji Kabushiki Kaisha (half national and half pertinent industry) carry out all supply and construction jobs. Examples of the Japanese advance already exist:

- a) At the time of the outbreak of the conflict, a delivery of enlargement equipment had just arrived for the automatic telephone exchange which had been built by Siemens and Halske. The Japanese did not accept these, but ordered a new automatic exchange from the Nihon Denshir Denwa Kabushiki Kaisha.
- b) The same firm received orders for deliveries for two public automatic telephone exchanges in Shanghai.
- c) The same firm participated in the founding of a company for news exchange in Kalgan together with a "Mongolian Government" (Kwantung Army) and received the order for a public automatic telephone exchange.
- d) Up to now SIEMENS and HALSKE was almost exclusively the only firms supplying telephone and telegraph equipment for manifold utilization of overland wires. In the territories occupied by Japan such orders are only given to Japanese firms from now on. (Up to now two three-channel telephone constructions for North China and one one-channel do for Tientsin-Peking).

From the examples given above one can clearly see that the German firm has been entirely pushed out by the Japanese from fields, which in the past have been its steadily huge customers.

It is to be feared that we will make the same experience on all fields where Japanese monopolies prevail, until finally Japanese occupied China will be just as closed to our commerce as Korea or Formosa.

B. Outside of the official offices which ordered railways, hydro-electric and water power plants, mine and arsenal equipment in Germany the Chinese private industry was our best customer.

Due to the Japanese action in the industrial field described above, the Chinese private industry is mainly ruined. German trade has been heavily damaged by the fact that many Chinese factory owners became unable to pay, so that they could not accept ordered goods and could not pay them and that for the future they have been eliminated as customers. Most of them will be forced to buy in Japan in the future if they want to continue working.

In a few cases where long-termed business relations existed and where the German demands on Chinese undertakings were especially large, the German firms had constituted liens for

themselves in the undertakings or had transferred them to themselves for security. Their number is not large, because the Consul General in Shanghai watched carefully that such cessions were "bona fide" and that they were commercially justified and not fictitious bargains. In the main it concerns the following cases:

German Paint-
Trading Co.
WAIBEL & CO.

Five dye-works. They were established by Chinese who are close to DEFAG, in order to introduce new dyeing methods, and were technically taken care of by the DEFAG. The DEFAG had high claims on all of them. In order to secure these, DEFAG took a mortgage on the dye works in the summer of 1937 and in December had it transferred for security's sake. The Japanese do not want to recognize the transfer. Furthermore they prevent the resumption of work of the 2, 4 and 5 works.

SIEMSEN & CO.

Shanghai Portland Cement Works. Many years of close business contacts and high claims by SIEMSEN. Transfer for security's sake on 27 October 1937. The Japanese have removed the inventories of goods and part of the machines; they do not recognize the transfer. SIEMSEN fears that it will be taken over by force by the Japanese.

CARLOWITZ & CO.

Shun Chang Stone Pulverizing Works. China Wool Manufacturing Co., Ltd. Many years of business contacts and high claims by CARLOWITZ. Transfer of property not recognized by Japanese.

The mortgaging and transference, respectively, of these works has been reported to the Japanese Consulate General in each case, with the result that their systematic plundering generally stopped in front of those enterprises under the German flag. When the German firms wanted to start running these enterprises again, it was not possible to get the necessary permission from the Japanese Consulate General, and the Japanese Military Authorities began to get serious about the seizure of these works. Therefore, the German Consulate General found itself forced to take up negotiations with the Japanese Consulate General. At this occasion the Japanese Consul SONE took the following attitude:

- a) No distinction would be made in Germany's favor in the treatment of the various foreign nations;

b) The efficacy of the transfer of property from Chinese to German nationals depends upon recognition by the Japanese.

Japan was in a position to enforce its will by refusing work permits or other measures, which, if necessary, could be taken by the newly set up Chinese Government. The lack of a judicial foundation for this procedure was expressly confirmed. As reason for Japan's attitude Consul SONE stated that the sought-for Chinese-Japanese "Cooperation" would be hindered if the Chinese would find safety behind foreign firms.

Councillor of Embassy Fischer defended the judicial standpoint that German firms, even if they possessed no claims against a Chinese firm, were entitled to acquire property from same, and that for this no Japanese permission was necessary; however, declared himself willing to enter into further discussions with the aim of finding a solution locally. In view of the well known economic policy of the Japanese military authorities he is, however, convinced that in the long run a basic discussion is unavoidable with the Japanese Government regarding the conflicts with legitimate German interests, arising from their economic policy.

c) The German economic activity in the Japanese occupied territories is generally encroached upon in that the Germans, just as the rest of the foreigners, are prohibited from entering into the territories already pacified, whereas they are visited by groups of Japanese peddlers, traders and other civilians. This applies to North China along the Peking-Pootou railway as well as to the triangle Shanghai-Nanking-Hangchow.

In Inner Mongolia, the Kwantung Army has ordered the representatives of the firm MELCHERS & CO. to leave the area at once "as this was necessary for the personal safety of the employees", although Japanese businessmen go on working there as before. Thus the buying organizations of the German firm, which for many years has bought wool and skins there are paralyzed, and the business has been concluded into the hands of a Japanese Monopoly Company. The same measures have been taken in MANCHURIA where the MANCHURIAN LIFESTOCK CO. has received a monopoly.

The provisional government in PEKING has further declared that the export of skins and furs from the ports of TIENSIN, CHEFOO, and TSINGTAO is prohibited, on 30 June of

this year. The German firms, which have about a 50% share in this export, are heavily damaged by this. The German Chamber of Commerce in Tientsin requests remonstrances to the Japanese Government, as this measure was taken at the inducement of the Japanese in the interest of Japanese war economy. A prohibiting of the export of cotton is said to be imminent.

-3-

All in all the reports of the German officials in North and Middle China show that the German economic interests in China are worse off in the Japanese occupied areas than was ever the case in national China, even at the time of the sharpest anti-imperialistic Kuomintang propaganda. This fate is shared by the Germans with all other foreign interests. However, no signs of a preferential treatment of the German interests by Japan are to be found.

Part of the injuries under which the German economic interests suffer are certainly to be traced to the war situation and the urgent critical situation, which forces Japan to take measures which otherwise it would not take. In the main, however, it concerns measures which originate from a consequential economic policy of Japan and aim at the abolition of all foreign influences in China. The example of Korea and Formosa shows where this development will lead to if we do not defend our interests with all our vigor.

The Japanese have promised us, at the very least de facto, a preferential position. The facts give us the right to ask Japan in what respect it has carried out these promises and how it intends to carry them out, and what the attitude of this preferential position will be toward the status quo ante.

Herewith respectfully submitted to Ministry Director Wiehl.

Berlin, 24 July 1938.

AFFIDAVIT

I, W. F. Cumming, being first duly sworn on oath, depose and say:

1. That I am an Attache of the United States Department of State on the Staff of the United States Political Adviser on German Affairs, and as such I am a representative of the Office of Military Government for Germany (U.S.). That in my capacity as above set forth, I have in my possession, custody, and control at the Berlin Documents Center, Berlin, Germany, the original captured German Foreign Office files and archives.
2. That said original Foreign Office files and archives were captured and obtained by military forces under the command of the Supreme Commander, Allied Expeditionary Forces, and upon their seizure and capture were first assembled by said military forces at a Military Document Center at Marburg, Germany, and were later moved by authorized personnel of said Allied forces to said central documents center, above referred to, and known as the Berlin Documents Center.
3. That I was assigned to said document center at Marburg, Germany, on August 15, 1945; and said captured German Foreign Office files and archives first came into my possession and control while I was stationed at Marburg, Germany, and that thereafter the same have continued in my possession and custody and under my control.
4. That the document to which this affidavit is attached is a true and correct photostatic copy of an original German Foreign Office document which was captured from said German Foreign Office files and archives, and which came into my possession and custody and under my control in the manner above set forth.
5. That said original document, of which the attached is a photostatic copy, is being held and retained by me in order that it may be examined and inspected by various interested agencies, and a photostatic copy of said original is hereby furnished and certified to because of the unavailability of said original for the reasons above set forth.

s/ W. P. Cumming

W. P. CUMMING

Subscribed and sworn to before me this 23rd day of April 1946.

s/ G. H. Garde

G. H. GARDE
Lt. Colonel, AGD
Acting Adjutant General

OFFICE OF MILITARY
GOVERNMENT FOR GERMANY (U.S.)

四七三八G、寫

支那、日本占領地區ニ於ケル獨逸經濟權益、狀況ニ関スル

覺書

一日支事変が支那ニ於ケル外國、經濟權益ニ對シ不可避的ニ及ボル反作用ニ鑑ミ、日本政府ハ、是等、外國權益ヲ尊重シ、門戶開放、機會均等、原則ヲ保持スル日本政府、意圖ヲ繰返シ言明シタリ

更ニ其以上ニ日本政府ハ、日獨間ニ存在スル特別關係ニ獨逸が防共協定締結以來滿洲國承認、軍事顧問ノ召喚、凡テ、軍需品ノ支那供給ノ停止ニ依テ亦シテ多大ナル反作用ニ鑑ミ、支那ニ於テ我ガ經濟權益優先的取扱ヲ約束シタリテアラス

此、日本ノ諸約束ガ獨逸ノ經濟的重要性ニトシ如何ナル實際上一ノ結果ヲ持ツカハ、北支ニ於テハ天津、北京、遼ニ青島ノ地域及ビ中支ニ於テハ上海、南京、漢口、三角形ガ戰鬥地域デアリテ限リニ於テハ明白ニ認ラレナカラス、戰鬥が行ハレテナル限リニ於テハ、日本軍當局ノ措置ガ戰爭ノ為必要ニリ且一時的ナモカ、ソレトモソノ措置ガ永久的ニ考慮サレリ、政策ノ表現デアルカ否カハ疑ハシカラス、今ヤ此ノ地域ガ殆ド平穩ニサレ且ワ日本市民（行商人、商人及ビ事業家）ノ出入ニ開放サレル後、獨逸當局ハ支那ニ於ケル日本ノ經濟政策及ビソレノ獨逸ノ權益ニ對スル反作用ニ就テヨリ明ラカク像ヲ得ル事ガ出来ソノデアリ。獨逸當局ハソノ多數ノ報告書ノ中テ確認シテナル事ハ、日本軍當局ハ支那ノ經濟ヲ日本ノ支配下ニ服従セヌコト經濟ヲ專ラ日本ノ利益トシテ使用シ凡テノ外國ノ權益ヲ抑シケ且ツ絶滅セト努力シテ

中ニテアル。

ソノ際獨逸權益何々他外國ノ權益ヨリ良ク取扱ハレテハ
中ニテアル。

根本的ニ日本ハ彼自身ノ利益ニ於テノミ支那ヲ開港セト欲シテ
中ニテアル。外國ノ協カハ、日本ノ資力ガ充分テナイ場合ニ之問題下
ナリ。ソノ場合サモ日本ノ指道ノ地位ガ保障サレ形式(共
同企業ニ於ケル日本ノ大多數)ニ於テノミ問題トナルニテアル。比較的
大ニ註文ハ國際的ニ行ハルベキテアラウ。ソノ際獨逸ハ他國民
ヨリ如何ニ特別ノ利益ヲ有シテキヤ。

獨逸ノ經濟權益ニ對スル北支及ビ中支ニ於ケル日本軍當
局ノ態度ハ根本的ニ同一デアレドモ氣分的ニハ或ル差異ハ
現ハレテ中ニ。

滿洲國及ビ内蒙官ニ於テロシヤニ對シテ日本側面ヲ防衛シ
テ中ノ關東軍ハ一方英國人ニハ意識的ニ不利益ヲ與ヘテ中
ニ獨逸ト提携ニ對シ或ル程氣配リヲ示シテ中ニ。是ニ
反シテ中支ニ於ケル日本態度反ニ就テノ商業専門家ハ次
ノ如ク報告シテ中ニ

(二月二十三日付四一七三)

北支ニ於テ獨逸商人ニ或ル種ノ考慮ガ————示サレ
テ中ニ。當地ノ日本軍部並ニ官憲ハ助ニ於テハニ友情
ヲ持ニ英國人ノ手前恥ゲテ中ニ様ニ思ハレ。他人ニ拒絶シ
クイ事ヲ獨逸商人ガカフコリ計可スルニテアルトイフ事ニ
依ッテハ公然コノ友情ヲ告白スル代ニ人ハ常ニ獨逸ト

協カニ就テノミ語ル。而モコレハ出来ルガケ私的ニ範圍ニ於テ、即
ケ我々ヲ非難シタリ或ハ我々カラ何物カヲ要求スル動機ニ
於テデアル

フイワシヤ一總領事ハ、彼ガ獨逸ノ勢力下ニ在リニ、三ノ企業
ヲト交渉シテ上海ノ日本總領事ニ對シ、獨逸ノ權益ヲ優先
的ニ取扱フト日本政府ノ保証ニツイテ照會シタ。之ニ對シ日
本領事曾根ハ次ノ存ニ答ヘテ、日本領事館ハ未ダコノ
様ニ指示ハ與ヘラレテ平チ、後ツテ種々ナク外國ノ人民ノ取扱ニ
當ツテ區別ヲスル事ハ出来ナイト。

フイワシヤ一總領事ハ——大島中將ニ依ツテ明白ニ日本軍
部ニ認許サレタムトイハシムデス——次ノ様ニ結論ニ達シテ
平、即ケ軍當局ハ「今マデノ所ノ外國ノ權利ト權益ノ尊
重ニ就テノ凡テノ東京聲明ニ依ツテソノ權力地位ノ無思慮ナル利
用ニ於テ自身ヲ迷ハセル事ハ禁止サレ、且ツ外國貿易ノ紛殺
ノ際獨逸ノ利益ガ寛大サヲ以テ取扱ハルル事デアルトイフ
事ヲ知ラセテ平チカワル

ニ、日本ノ經濟政策ハ比及中反凡テノ重要ナル産業ノ統
制ヲ目標トシテ平チ、國民的ニ日本政策ノ對象トシテ就中次ノ
他チスガ嶼チケラレテ平チ、海運、鉄道及ビ他ノ輸送事業、鋳
山、製塩、製粉所、紡績所及ビ織物所、セメント、化學工
業、毛織、絹織工業。

ソノ際、存テ措置ガ實際上行ハレテキル。

中央省政府並ニ地方官廳ノ全官スハ半官ノ凡テノ設備、即チ鉄道、電信、電話局及ビ無線電、兵器廠、工場、鉱山、塩田、ハ日本軍部ニヨリテ差シ押

ハラレテキルハ自明ノ事ナリ。

私工業ノ工場ノ大部分ハ破壊サレテキル。機械ハ尚便ハ限リ分解シソノ地ニ屑鉄トシテ日本ヘ送ラレシム。曾根領事ガ如逸總領事ニ傳ヘリ如ク、日本ハ支那ノアル種ノ事業ノ発展ハ一般ニ日本經濟ノ需要ニ応ズル(程度)ヲ一併許スコトウカ! 決定(確)ヲ掌握シタウトヨシニテキルナリ。

支那ノ工場ヲ存在シテキル限リハ、日本人ニヨリテ接收サレシムテアラウ。カリシテ例ヘハ、中支那不編

(次頁ニツヅク)

紡績工業ハ日本ヨリ接收サレ日本紡績工業下ノ經營、爲メニ分配サレ
 テナル。通常ソレハ次ノ方法ヲ行ハタ、即チ或日日本技師が大松軍人ヲ伴
 ヒ現レ日本國旗ガ掲揚サレ看板ガ備ヘ付ケラレ、ソレハ工場ハ以後日本
 企業アル旨ヲ通達サレテナル。日本人ハ彼等全ク支那人ノ所有者トノ
 提携ニ努力スルト強調スル、支那人ハ大松相當修理費ヲ負擔シ
 日本事業指導者及ビ技術顧問、配屬ニ賛成シ且純益ノ分割ヲ
 満足スルトガ希望サレテキタ。一W 四一八七六一モシ支那人ノ所有者ガ拒
 絶スルト、彼等ハ工場建物ハ這入ル事ヲ拒絶サレ又ハ他ノ管理措置ニ
 依リテ壓迫サレカ又ハ支那人ノ承諾ナシニ企業ノ再接收ガ行ハレルデア
 ル。ニ行動テ問題トナルハ個々ノ軍當局ノ恣意行爲ヲナクテ支那ノ
 産業ヲ一般ニ許容サレル限リ支那人トノ提携ニ於テ日本獨占事
 業トシテ經營セントスル、組織的ニ日本政府ニヨリテ認可サレタ試ミデア
 ル。支那ニ於ケル日本ノ企業ガ特別ノ特權ニ基キテ設立サレルベキデア
 ラウト云フ事ハ就中北支那及中支那振興株式會社ニ就テ、日本法律ノ下ニ條
 ニ依リテ明ケテアル、ソレニヨリバ次ノ如ク言イテアル。
 「政府ハ計畫サレタ會社及ビソノ附帶事業ニ對スル特別取扱ヲ與
 ハル様、支那新政府ヲミテ考慮セムル様努力スルデアラウ」
 支那ニ於ケル獨逸ノ經濟的活動ニ對スルニ、日本政策ノ影響自今重
 大ナモデアアル。ソノ影響ガ如何ニ決定的デアルカハ、日本人ガ留保シタ
 思ッテナルニ、分野鐵道ト電氣事業ノ觀察ガ既ニ示シテナル。
 鐵道建設ノ分野ニ於テハ山東一天津一瀋口鐵道ノ建設、以テ
 獨逸ハ常ニ活動的ニ強烈ニ參加シ居タ。支那國民政府ノ創設
 以來鐵道事業ヲ採リアケテ、中期間ノ供給借款援助ニヨリテ杭州
 一玉山一南昌一平鄉鐵道建設ヲ可能ニシタ、ハ獨逸人ガ最初ガ

アノ又、國民的統一カヲ支那ニ於テ大規模ノ交通、發展ガ開始シ
且ツ獨逸ガ英國ト一緒ニテワレハニ著シク參加ラスルテアウト云フ事ハ
期サレテキタ。本年之月十五日約一千万斤ノ鐵道中セキ斤ノ日本ノ管
理下ニシタ。其ハ今ヤ南滿鐵道ニヨリテ經營サレテキル。支那人ハ殆ビ全
車輛ヲ持テ去ル事ガ出来タカラ、日本人ハ此ヲ得ズ代用品ヲ調達
ヤネバオラス。先ヅガセ當リニ五〇ノ汽閘車一及一万車輛ヲ日本ニ注文シ
テ。注文ハ專ラ日本ニ向ツタ。將來ノ注文モ亦日本ニ向ヒ我々ハ顧客
トシテ、古ノ支那ノ鐵道ヲ失フト云フ事ヲ予期スベキナル。

更ニ天津ノ浦口鐵道ノ收入ハ一九〇八年及一九〇九年ノ借入金ノタメ
且ツ北京ノ漢口鐵道ノ收入ハ可成リ中期間供給借款ノ抵當ニシテキル
事ナル。現在此等ノ鐵道ハ何等ノ收入ガナイ。

我々ノ權利ヲ護ル爲メハ、我々ハ英國人ガ本年三月二日日本カラ天津
ノ浦口及心壺間借入金ノ約定ヲ違シテ後コ、借入金ノドウ株ニ對シ
同一ノ取扱ヒ並ニ天津、浦口ノ前拂ヲ要求シテテアル。(一六七〇、〇〇〇磅)
日本政府ハコノ要求ニ對シ是迄解答ニテ居テイデアル。

支那ノ電氣事業分野ニ於テ、シームニス商會ハ永年指導的地位ニマツ
タ。同商會ガ現在報告ニテキル様ニ、今日既ニ明カニ認めラレル事ハ日本
ハ日本人ニヨリ支那ノ占領地域ニ於テハ非日本の商會ヲ引專セヨウトハス
專ニ日本電信ノ事株式会社(半官半民ノ事業)ニヨリテ凡ソノ供給ト建
設作業ヲ實施サマヨウト欲ニテキルデアル。日本ノ行動ニ對スル例ハ既ニ前ニモ
アルデアル。

(A) 衝突ノ勃発ノ際天津ニハ其處デシームニス及ビハルスケニ依リテ建設サシ
タ自動電話局ニ擴張ノメ、供給ハ丁度到達ニテキタ。日本人ハ之ヲ買
取ラズ日本電信電話工事株式会社ニ新ライイ自動電話局ヲ注文シタ。

(B) 同じ商會ハ上海ニノ公ハ自動電信電話局、供給ヲ獲得シテキタ。
 (C) 同じ商會ハ張家口ニ於ケル通信連絡會社ノ設立ニ「蒙古政府」(関東軍)ト
 一結ニ參加シ、ソノ公ハ自動電信局ニ對スル註文ヲ受ケタ。

(D) 從來ニリスミス及ビハルスケハ殆ニド專ラ陸上線ト大量使用、ト爲メニ電信
 電話設備、唯一、供給商會ヲ下リ、日本占領地域ニ於テハ斯ナル註文ハ
 現在又日本商會ニテト與ヘラシテキル。(從來北京ノ爲、一、三(トライカナル)
 電話設備、天津、北京、烏、一、一、一)又(アイニカナル)電話設備、

上述、例カラ明カナ事ハ、獨逸商會ガ以前常ニ大ナル顧客ヲアツタ地
 域カラ日本人ニ依ワテ完全ニ排除サレテキルコトナル。

日本ノ專賣ガ実行セラレテ行ク凡テノ地域テ我々ノ同様ノ經驗ヲナメ遂
 ニ日本人ニ占領サレタ支那ニ於テハ朝鮮、マ、台湾ト同様ニ
 サルト云フ事ハ必ズルベテ事デアリ。

鉄道、電氣及ビ水カニ事、鑛山及兵器廠建設ヲ獨逸ニ註文タ
 國家當局ト相並ニテ支那ノ私ニ事業ハ我々ノ最良ノ顧客デアリタ。
 上述ニテラ、産業會ニ於ケル日本ノ行動ニ依ワテ支那ノ私ニ事業ハ大部
 分破壊サレテ仕舞、テキル。

獨逸ノ貿易ハ多クノ支那ノ工場所有者ガ註文ニタ (次頁ニ續ク)

商品ヲ引キ取ル事ガ出来ズソノ支拂ヒヲ出来ヌ程支拂不能ニテリ
彼等ハ將來顧客トシテハ脱落スル事ニ依ツテヒドイ損害ヲ受
ケテキル。彼等ノ大部分ハ更ニ彼等ガ働カウト欲スルテラバ、
將來日本テ買ハサルヲ得ナイカラフ。

長期間ノ商賣關係ガ成立シ、支那ノ企業ニ対スル獨逸ノ
要求ガ特ニ大デアツタニ、ニノ場合ニ於テ獨逸商會ハ企業ニ対
シ抵當權ヲ設定シ確實性ノ厚ニ讓渡セラレタ。上海ノ總領事
ハ、カル讓渡ガ善意デ經濟的ニ正當ナルガ、然シ虛偽取
引デアルトヲ鋭ク監視シテキタカラ、ソノ數ハ大デナイ。主ト
シテ次ノ場合ガ問題トナルデアル。

獨逸染料貿易會社 ワイベル商會

五ノ染料工場。夫ハデーグト近イ關係ニアル支那
人ニ依ツテ、新シイ染色ノ方法ヲ採用スルタメニ建設
サレ技術的ニデーグニ依ツテ保護サレテキタ。
凡テニ対シデーグハ高い要求ヲ持ツテ居タ。此ヲ確
保スルタメニデーグハ一九三七年夏染料工場ヲ抵當
ニ三十月ニ六確保ノ厚讓渡サレタ。
日本人ハコノ讓渡ヲ認メル事ヲ欲シテイ。其上彼
等ハ三、四及五ノ工場ノ企業再開ヲ妨ケル。

ジームセン商會

上海ポートランド・セメント工場。ジームセンノ長期ト緊
密ト商賣關係ト高イ要求。一九三七年一昭和十三年
十月迄日確實性讓與。日本人ハ在庫品ト機械ノ
一部ヲ遠ダケテキル。讓渡ヲ認メナイ。

ジームセンハ日本人ニヨル強制接收ヲ恐レテ牛ル
カロヴァイツ商會

ニエニ、チヤン石材粉砕工場。支那羊毛製造株式會社。
カロヴァイツヨル長期間ノ商賣關係及ビ高い要求。所有
物讓渡ハ日本人ニ依ツテ承認サレテハ、

此等ノ企業ノ抵當又ハ讓渡ニ關シテハ凡テノ場合、日本ノ
總領事館ニ報告サレテ居リ、ソノ結果、組織的ナ標奪ハ
全体ニ於テ独逸ノ旗ノ下ニアル此等ノ企業ニ於テハ停止シ
タ。然シ独逸ノ商會ガ再ビ此等ノ設備ヲ經營シヨウトス
ル時ニハ日本ノ總領事館ノ必要ナル認可ハ得ラレナイニ、日
本ノ軍當局ハ此等設備ノ占取ヲ真劍ニ考ヘ始メタ。独逸ノ
總領事館ハ故ニ止ムヲ得ズ日本ノ總領事館ト交渉ヲハジ
メサレテ得ナカシタ。ノ際日本領事會根ハ次ノ如キ態度ヲ
トツタ。

(A) 種々外玉ノ取扱、際独逸ニ有利ニ區別スルトイフ事ハ
出キヤイ。

(B) 支那人カラ独逸人人民ノ所有物讓渡ノ有効サハ日本
ノ承認ニカカテナル。日本ノ企業許可ノ拒絕又ハ必要ナ
場合ハ新シク創ラレタ支那政府ニ依ツテ講ゼラレ得ル
他ノ措置ニ依ツテ、日本ノ意志ヲ断行スル狀態ニアルノ
デアル。コノ手續ニ対スル法律根據ノ欠缺ハ明白ニ確
認サレタ。日本ノ態度、基礎付ケトシテ曾根領事ハ
若シ支那人ガ外玉ノ商會ノ背後ニ保護ヲ發見スル
事ガ出来ルナラバ、所期ノ日支ヲ提携ハ阻害サレルカラ

ウト云フ事ヲ述ベタ。

大使顧問フィニヤールハ、独逸ノ商會カ支那ノ商會ニ対シ何等ノ要求ヲ有ニテイ時デスエコレカラ所有物ヲ獲得スルノハ正當ナアリソレニ何等日本ノ認可ハ必要デナイト云フ法律ノ立場ヲ守リ、其意ヲ實際上ノ解決ヲ見スル目的ヲ以テ將來ノ會談ノ用意アルヒ日ヲ聲明シタ。日本軍當局ノ有名ナ經濟政策ニ鑑ミ彼ハ次ノ確信ヲ持ツキル、即チ日本政府ノ經濟政策方ラ生ズル、正當ナ独逸利害トノ衝突ニ因レテ日本政府ト結局根本的ナ論議ハ不可避ナルト。

(C) 日本占領地域ニ於ケル独逸ノ經濟活動ハ一般約ニ、独逸人駐ニ他ノ外人ニハ既ニ和平地區ヘノ立入カ禁止サレテキル事ニ依ツテ、侵害サレル然ルニ一方ソノ地域ハ多クノ日本ノ行商人、商人及ビソノ他ノ民間人ニヨリ入り込マレテキルノデアリ。此ノ事ハ北京、保德鐵道ニ沿フ北支ノミナラズ、上海南京漢口ノ三角地帯ニモモシモ當スルデアリ。内蒙ニ於テハ内蒙軍ハ、日本ノ商人ハ依然其意ヲ働イテキルノデアリケレドモ、使用人ノ個人的安全ノタメニソレガ必要デアルカラレソノ地域ヲ即刻去ル様ニメルル商會ノ代表者ニ命令シタ。其ニ依ツテ、長イ間其意ヲ羊モト皮革トヲ賣付ケテキタ独逸商會、手ニ落ナテ行クノデアリ。同様ナ措置ハ滿洲ニ於テモ講セラレ、滿洲ライフノストック會社カ独占ヲ獲得シタ。

北京ノ臨時政府ハ更ニ本年六月三十日天津、芝罘、青島ヨリ皮革及ビ採シ皮ノ輸出禁止ヲ宣言シタ。輸出ノ約五〇%ヲ占メテキタ狼逸商會ハ其ニ依ツテ大損害ヲ受ケテキル。天津ノ狼逸商業會議所ハ日本政府ニ對スル抗議ヲ求メテキル。コノ措置ハ日本ノ誘導ニ於テ日本ノ戦争經濟ノ利益ニ於テ起ツタモノデアリカラテアル。木綿ノ輸出禁止モ差シ迫ツテキルト云ハレテキル。

三、全体ニ於テ北支、中支ニ於ケル狼逸當局ノ報告ノ示ス所ニ依シテ、日本占領地域ノ支那ニ於ケル狼逸經濟權益ハ曾テ五家支那ニ於ケル反帝主義ノ最モ鋭イ政黨ノ宣傳ノ時ノ場合ヨリモ狀態ハ悪イト。狼逸ノ利害ハコノ運命ヲ凡テ他ノ外ニノ利害ト共ニ分チアツタ。日本ニヨル狼逸ノ利害ノ優先的取扱ハソノ徴ハ全然見ラレナイ。

狼逸ノ經濟的利害が蒙ツテキル諸不利益ノ一部ハ確カニ、サセテ、日本が講ジナイデアラウ措置ニ迄日本ヲ強制スル戦争ノ狀態ヤ緊急ノ苦境ニ歸セラレツキデアラウ。一番問題ニナルハ、日本ノ徹底的經濟政策カラ生ジ且ツ凡テノ支那ノ外ニ出ルカチ出素ルガケハ汎ニ絶滅セシ事ヲ且指ニテキル措置デアリ。朝鮮及ビ台湾ノ例ハ、我々が我々ノ利害ヲ凡テノカラ以テ防護シテケルハ發展ガドノ方ニ進ムカラホシテキルデアリ。

日本人ハ、ソクトモ事實上優先的地位ヲ我々に約束シタ。事實人如何ナル點ニ彼等ガコノ約束ヲ實現シテ来

Doc 404/B.

タカ、又實現スル積リテアルカコノ優先的地位が以前ノ
状態ト如何ナル關係ガアルカ日本ニ尋ネル權利ヲ我
々ニ與ヘテヤル。

ワイル局長ニ恭ニク之ヲ以テ提出ス。

ベルリン一九三六年(昭和十三年)七月二十四日

供 述 書

余、W. F. CUMMINGS
証言ス

一 余ハ合衆國國務省附、同國獨逸關係事項政治顧問部員タル事、及右ニ據リ余ハ（合衆國）獨逸軍政部代表ノ一員タルコト、且如上表明セル資格ニ於テ、余ハ獨逸柏林所在、柏林文書本部ニ於ル獨逸獨逸外務省集綴文書並ニ文庫、原本ノ占有、保管、管理ニ在シアル事。

二 上述獨逸外務省集綴文書並ニ文庫ノ原本ハ聯合國遠征軍最高司令部ノ指揮下ニ在ル軍隊ニヨリテ鹵獲取得セラレ、其關係ノ下ニ、初メ獨逸國マールブルグニ於テ該軍隊ニヨリテ軍文書本部ニ蒐集セラレ、後該聯合軍擔任官ヨリ上述セル／＼柏林ノ文書本部ニ移官セラレタルモノナル事
三 余ハ一九四五年八月十五日、獨逸マールブルグニ於テ、上述文書本部監督ヲ命セラレタル事。是ニ仍リテ該鹵獲獨逸外務省集綴文書並ニ文庫原本ハ、余ハ獨逸マールブルグ在當時、初メテ余ノ占有、保管、管理ニ歸シ、爾來引續キ余ノ占有、保管、管理ノ下ニアル事。

四 余ノ此供述書ノ添附セラル、所ノ文書ハ上述ノ
獨逸外務省集綴文書並ニ文庫トシテ、兩獲セラ
レ、余ノ占有、保管ニ歸シ、且余ノ管理ノ下ニ
置カレタル、獨逸外務省文書原本ノ、真正精確
ナル直接復寫寫眞ノ謄本タル事

其茲ニ添附セラレタル直接復寫寫眞謄本ノ文書原
本ハ、余ノ保管、留保ノ下ニ、各方面代表者ノ
點檢閱覽ニ資スル如クナシアリ、爲ニ該原本ヲ
流用ナシ得サルガ故ニ、該原本ノ寫眞謄本ヲ提
供シ且ツ之ガ證明ヲナスモノナル事

ダブルユー。ピー。カミング
(W. P. O'Donnell)

一九四六年四月二十三日余ノ面前ニ於テ署名且
宣誓ス

中佐 ジー。エツチ。ガード

G. H. Garda

高級副官事務取扱

Lt. Colonel, AGID

Acting Adjutant General

(合衆國) 獨逸軍政部

Exhibit No. 2111

ベルリン

一九三八年十月二十日

記録

余ハ独逸外務大臣ノ指示ニ從ヒ、本日日本大使ニ
 此ノコトヲ傳達シタ。即チ独逸外相ハ支那ニ於テハ日
 独經濟協力ニ関スル覚書中ニ於テ才三國ニ付スル機
 方ノ優先的立場ニテハ又書ニ記シ、確認方ヲ主張
 シタトコロデアリ、同大使ニ付シテ此趣旨ニ於テ急遽
 尤解決ヲ齎ラス極盡力アリ度キ旨懇々請ヒ
 シデアリ。余ハ其際本年十月二十日余ガ東
 郷氏ニテハ我方ノ最終案ヲ同極大島氏ニ付
 交シタ。余ハ我方ガ東京ヨリハ手ヲ確定ナ情
 報ニヨリバ日本政府ハ優先的取扱方ノ文書ニ
 記シ、確認ニ心スル用意アル由ヲ附言シタ。東郷
 氏自身ニ來ル此優先的取扱ヲ有望トモト目
 透シテラケテイタリデアルガ、後ニ至ッテ日本政府
 方承認シ得タイデアラウト主張シタノデアリタ。之
 ニ及ビ新任アラス駐劄日本大使白鳥又東郷
 ニ於テ十月二十日ノ會見ニ際シ、独逸ノ技術
 工業及ヒ貿易ニ付スル優先的取扱ニ就テ語ル
 トニコガッタ。余ハ更ニ我方ノ對日支持(軍事

FILE COPY
TURN TO ROOM 361

顧問ノ召喚 軍需品供給ノ停止ニ
 ニヨリ生ズル大ナル損失ニ鑑ミ 我方が當
 政治的理由ノミナラス 経済的 道義的理由ヨリ
 亦モ優先的取扱ヲ 殊ニ支那ニ付シテ
 今トテ 評定スルニヨリ 最近再々 今事變
 ニ於ケル 彼等ノ反抗的態ヲ示シテ 米英
 ヨリモ 優先的取扱ヲ受ケル 權利ヲ有スルモノ
 テアルコトヲ 重ネテ 強調シテ デアツタ。

余ハ 更ラニ 日本側ニシテ 支那ニ於テ 独逸ノ
 経済的 活動ノ 事实上ノ 阻止ニテ 我方ノ 抗
 議申入ニ 付シテ 従来ノ 不満足ヲ 履行

ニツイテ大島氏ノ注意ヲ促ガシ且ツ右ニ関スル新覺書ヲ同氏ニキテ交シタ。

同大使ハ余ノ述べタ所ニ対シ充分ナ理解ヲ示シタ。優先的取扱ノ問題ニ関シ彼ハ從來之レヲ支持シテイルコト。但シ日本ニ於テハ種々意見ガ岐カレテイルトイフコトヲ述べタ。陸軍ハ此問題ニ賛意ヲ示シテイル。又外務省ノ一部例ハ白鳥ハ之ニ同意ヲ與ヘテイル。反對ハ主トシテ國內ノ經濟關係方面ニ在ル。支那ニ於ケル實際ノ經濟活動抑制ノ問題ニ就テ彼ハ種々軍事上ノ考慮ガ右ニ關聯シテ往々不可避的ナアルコト。軍事上ノ頭初支那軍ガ往々殆ト獨逸製ノ武器ニテ裝備サレテイルノヲ目撃シタコト及ヒ此等ヲ依然到ル處ニソウシタコトガ見ラレルヲアヲウトイフコトニ對スル現地日本軍ノ反感ナドヲ指摘シタ。彼ハ右ニ就キ既ニ十二月九日頃優先的取扱ニツイキ文書ニヨル承認ヲ與フベキコト及ヒ支那ニ於ケル事實上ノ獨逸側ノ種々ナル困難ヲ除去スル採取計ヲ又ハ東京及支那ニ於ケル獨逸側ニ日本側カラ如何ナル理由カラ今日迄之レガ實現セナイノカ詳細事情ヲ通告スベキナルコトヲ、東京ヘ、強硬ニ打電シタトノコトヲ告ゲタ。尚又彼ハ最近当地ニ居リ、十二月十日頃東京ヘ歸着ノ旨ノ日本ノ一將官ニ、日本陸軍ノ指導的人物數氏ニ宛テタ右趣旨ノ書面ヲ託シタトノコトヲアル。

彼ハ本日、會談ニ基キ再ビ電報及ヒ一月二十日東京ヘ歸着予定ノ使者ニ託シ書面ヲ以テ報告スルコトヲ約シタ。

P4

I.P.S. No. 404 / (Item 15)

寫配附先

MEHL /
ウイトル /
署名 /

大臣
次官
次官補
政務局長
政務第八部
經濟局長 / ? /
經濟第七部

版番号一三五八九二一三 /

Berlin, 21 Dec 38

MEMORANDUM

Today, on the orders of the Reich Foreign Minister, I informed the Japanese Ambassador that the Reich Minister in the Pro Memoria on German-Japanese economic cooperation was holding out for a written statement of our preferential status with respect to third powers and was asking the ambassador to intercede for a prompt ruling in favor of this. In this connection, I handed Mr. OSHIMA our last proposal, which I had also given Mr. TOGO on 6 October of this year. I added that we had definite news from Tokyo that the Japanese government was ready to grant the written statement on preferential treatment. Even Mr. TOGO himself had originally held out hopes for this preferential treatment, yet later had averred that the Japanese government could not grant it. On the other hand, the newly appointed ambassador to Rome, SHIRATORI, in an interview on 26 October in Tokyo, also spoke of preferential treatment for German technology, industry and trade. I further emphasized anew that on the grounds of our support of Japan (recall of military advisers, stoppage of military deliveries, and consequent large losses), not only for political but also for economic and moral reasons, we were entitled to a preferential treatment, particularly with respect to the Americans and British who had again demonstrated a reverse attitude in the conflict only recently by the granting of credits to China.

I further brought to the attention of Mr. OSHIMA the so-far unsatisfactory settlement of our protests on the practical restraints on German economic activity in China by the Japanese and delivered to him a new memorandum dealing with the matter.

The ambassador indicated complete sympathy with my words. He stated, on the question of preferential treatment, that he had himself always worked for this but that opinion was divided in Japan. The army was for it, also a part of the foreign service, SHIRATORI, for example, were for it; the opposition was to be found principally among domestic economic circles. On the question of the restrictions on practical economic activity in China he emphasized that often military considerations worked inevitably in favor of this and that the ill-humor of the

Japanese front /line troops/ over the fact that at the beginning of the conflict they found the Chinese almost only with weapons made in Germany might be still in evidence here and there. He imparted that he had about 9 December of himself sent an energetic telegraphic message to Tokyo to the effect that preferential treatment should be granted in writing and that the practical German difficulties in China should either be removed or the German officials in Tokyo and in China itself informed in detail by the Japanese officials on what grounds this was presently not yet possible. He had also entrusted to a Japanese general, who had been here recently and who should have reached Tokyo again about 10 December on his return journey, letters in favor of this to leading figures of the Japanese army. He promised, in view of today's conversation to report again both by telegram and in writing via a carrier arriving in Tokyo on 20 January.

/signed/ WIEHL

Copy to:

Reich Minister
State Secretary /TN: Initialed/
Under State Secretary
Director of Politics
Political Section VIII
Director of Economy
Economic Section VII

/France No. 135893/

AFFIDAVIT

I, W. P. Cumming, being first duly sworn on oath, depose and say:

1. That I am an Attache of the United States Department of State on the Staff of the United States Political Adviser on German Affairs, and as such I am a representative of the Office of Military Government for Germany (U.S.). That in my capacity as above set forth, I have in my possession, custody, and control at the Berlin Documents Center, Berlin, Germany, the original captured German Foreign Office files and archives.

2. That said original Foreign Office files and archives were captured and obtained by military forces under the command of the Supreme Commander, Allied Expeditionary Forces, and upon their seizure and capture were first assembled by said military forces at a Military Document Center at Marburg, Germany, and were later moved by authorized personnel of said Allied forces to said central documents center, above referred to, and known as the Berlin Documents Center.

3. That I was assigned to said document center at Marburg, Germany, on August 15, 1945; and said captured German Foreign Office files and archives first came into my possession and control while I was stationed at Marburg, Germany, and that thereafter the same have continued in my possession and custody and under my control.

4. That the document to which this affidavit is attached is a true and correct photostatic copy of an original German Foreign Office document which was captured from said German Foreign Office files and archives, and which came into my possession and custody and under my control in the manner above set forth.

5. That said original document, of which the attached is a photostatic copy, is being held and retained by me in order that it may be examined and inspected by various interested agencies, and a photostatic copy of said original is hereby furnished and certified to because of the unavailability of said original for the reasons above set forth.

/s/ W. P. Cumming
W. P. CUMMING

Subscribed and sworn to before me this 23rd day of April 1946.

/s/ G. H. Garde
G. H. GARDE
Lt. Colonel, AGD
Acting Adjutant General

Office of Military
Government for Germany (U.S.)